

Bezugspreis: Für den Monat April 1923...

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 20. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ernsteste Unruhen in Mülheim.

Essen, 19. April. 8.30 Uhr abends. (WIZ.) Die Kommunisten halten die Stadt Mülheim in Besch.

Eiberfeld, 19. April. 7.20 Uhr abends. (WIZ.) Die Lage in Mülheim ist schwer bedroht.

Eiberfeld, 19. April. 9 Uhr abends. (WIZ.) Der französische General de Vingnes hat sich zu dem französischen General Simon ergeben.

Essen, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Mittwochdemonstration der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen in Mülheim a. d. Ruhr hat bis spät in die Nacht hinein fortgedauert.

Mülheim, 19. April. (WIZ.) Die gestrigen Unruhen in Mülheim, durch Arbeitslose hervorgerufen, haben sich während des Abends fortgesetzt.

Demonstration in Essen.

Essen, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Hier fand am Donnerstag früh eine Demonstration statt.

Die Stadtverwaltung in Essen hat im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen.

Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstration, die sich aus kommunistischen und syndikalistischen Elementen zusammensehnten...

Essen, 19. April. (WIZ.) Die mehrstündigen Verhandlungen der Erwerbslosen mit dem Bürgermeister Baasel führten zu dem Ergebnis...

Zusammenstoß in Düsseldorf.

Düsseldorf, 19. April. (WIZ.) Gestern nachmittag wurde von Arbeitslosen versucht, in der Tonhalle eine Versammlung abzuhalten.

Kommunistenkonferenz in Barmen.

Essen, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Für den 21. April haben die Kommunisten eine Erwerbslosenrätekonferenz nach Barmen einberufen.

Bisher über 20 000 Ausweisungen.

Koblenz, 19. April. (TU.) Die Rheinlandkommission hat in den letzten Tagen wiederum über 1400 Eisenbahner ausgewiesen.

Befahrungskronik.

Aus dem Ruhrgebiet, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Zeche „Johann“ in Steele ist es zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu Unstimmigkeiten gekommen.

Völkerverbund und Saar.

Genf, 19. April. (WIZ.) Die in der französischen Presse getriebene Aufnahme der saarländischen Proteste gegen die Notverordnung in die Tagesordnung des Völkerverbunds wurde in Ergänzung zu anderen bereits auf der Tagesordnung stehenden saarländischen Fragen in einer geheimen Sitzung des Völkerverbunds gutgeheißen.

Reparationen an Danzig!

Genf, 19. April. (Eig.) Der Völkerverbund hat eine Resolution angenommen, worin der Generalsekretär des Völkerverbunds beauftragt wird, die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu beschleunigen.

Marktsturz und Reichstag.

Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, der gestern im Reichstag beraten wurde, bot den willkommenen Anlaß, sich mit der verfehlten Wirtschaftspolitik des schwerindustriellen Fachministers Beder auseinanderzusetzen.

Die Sozialdemokratie kann es für sich in Anspruch nehmen, rückwärts für die Interessen des Volkes einzutreten, das in dem Ruhrkampf zum allermindesten fordern darf, in seiner Abwehr imperialistischer Willkür nicht noch spekulativen Machenschaften ausgeliefert zu werden.

Die praktischen Vorschläge, die die Sozialdemokratie durch ihren Redner machte, verlangen an erster Stelle die Aufrechterhaltung der Stützungsaktion auf der vor dem Einbruch erreichten Höhe.

Notwendig ist schließlich die Unterstützung dieser Maßnahmen durch die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik des Reiches.

Das sind die Forderungen der Sozialdemokratie. Daß sie von einem Wirtschaftsminister nicht geteilt werden, der die

Interessen des Besitzes verfehlt und damit den Beifall der Deutschnationalen erwirbt, ist nicht verwunderlich. Bisher hat die Regierung Cuno in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik Fiasco erlitten. Der Preisabbau steht auf dem Papier, der Dollarkurs pendelt unter den Stößen der Interessengruppen hin und her. Die Reichsbank verfügt über genügend Gold, die Regierung über ausreichende Nachmittel, der Dollarkurs treibt die deutsche Spekulation ein Ende zu bereiten. Sie muß sie anwenden und vor allem gerade dann, wenn sie wirklich und ernsthaft weiter Stützungspolitik betreibt, alles aufgeben, um auch die Aufwärtsbewegung der Preise zu verhindern. Man kann nicht die Kosten der Stützungsaktion auf dieselbe Arbeitermasse abwälzen, die jetzt schon unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit leidet. Von derartiger Erkenntnis beim Reichswirtschaftsminister war außer einigen allgemeinen Redewendungen gestern nichts zu hören.

Parteiführer beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler hatte, wie amtlich gemeldet wird, im Laufe des Donnerstag Besprechungen mit den Führern aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten über die Stützungsaktion. Er machte Mitteilungen darüber, was bisher zur Stützung der Mark von der Regierung geschehen ist und was sie weiter zu tun gedenkt, und nahm Anregungen der Parteiführer entgegen. Es ergab sich in diesen Besprechungen volle Übereinstimmung.

Ein industrielles Dementi.

WTB. meldet: Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten stellt der Reichsverband der deutschen Industrie fest, daß er niemals bei der Regierung wegen einer Änderung der von ihr durchgeführten Stützungsaktion der Mark vorstellig geworden ist. Der Reichsverband hat vielmehr auch heute wieder bei einer mündlichen Rücksprache, zu der der Reichskanzler eingeladen hatte, erklärt, daß er eine tatkräftige Fortführung der Stützungsaktion für eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit hält, für die er auch weiterhin im eigenen Interesse der Industrie mit allen Kräften eintreten wird.

Daß der Reichsverband der deutschen Industrie als solcher gegen die Markstabilisierung aufgetreten ist, wurde von uns nie behauptet. Der Reichsverband wird aber sein Dementi selbst nicht dahin aufgefaßt wissen wollen, daß damit die Quercitelerien der Schwereindustrie gedeckt werden, die in der Tat immer auf eine erneute Kurssteigerung der Mark hingearbeitet hat.

England soll eingreifen!

Forderung der Britischen Arbeiterpartei.

Der Bericht der britischen Genossen über die Ruhrbesetzung, den wir auszugeweiht zum größten Teil in der Donnerstag-Abendausgabe mitgeteilt haben, sagt weiter:

Die augenblickliche Lage könne nicht angemessen behandelt werden mittels einer durch den Vertrag von Versailles vorgesehenen Maschinerie. Ein anderes Werkzeug sei erforderlich, international im Charakter, und an dessen Entwurf das deutsche Volk teilnehmen sollte. Es folgt die Forderung eines sofortigen Appells an die französische und die deutsche Regierung, nähere Vorschläge bezüglich der Reparationen und der Sicherheit einem internationalen Tribunal zu unterbreiten, sowie die Forderung, daß die britische Regierung die Initiativen ergreife in Gestalt eines offenen und endgültigen Erklärungs der britischen Politik. Keine Anstrengungen dürfen unterlassen werden, um dauernd Fühlung mit allen Seiten zu halten, damit jede neue Entwicklung ausgenutzt werden könne, die die Kluft zwischen den einander widerstrebenden Forderungen verringern und den augenblicklichen Stillstand beenden würde.

Der Bericht der englischen Delegation schließt wie folgt: Wir machen den Vorschlag, weil wir, nach dem, was wir im Ruhrgebiet und am Rhein gehört und gesehen haben, überzeugt sind, daß er von der großen Masse der deutschen Arbeiter gut aufgenommen

werden würde. Andererseits sind wir der Ansicht, daß keine Regierung in dieser Hinsicht erwartet werden kann, wenn die Franzosen, Belgier und Deutschen sich selbst überlassen werden. In diesem Falle werden sie den Konflikt später oder früher ausfechten mit kurzbarbaren und unberechenbaren Folgen für Europa und die Welt.

Altpreußen für Bayern.

Die „Kreuzzeitung“ plädiert für die Rebellen.

Eine altbayerische Ueberlieferung pflegt auf die „Preußen“ zu schimpfen, die man für den Ausbund aller Schlechtheiten hält. Die neubayerischen Rebellen gegen die Justizhoheit des Deutschen Reiches werden jedoch eine große Freude daran haben, daß die „Neue Preussische Zeitung“, allgemeiner unter dem Namen „Kreuzzeitung“ bekannt, ihnen hilfreich zur Seite tritt, wenn sie sich gegen die Reichsgesetze auflehnen. Einen ganzen Leitartikel widmet dies Blatt der alten preussischen Konfessionen der Weigerung der Münchener baltischen Redakteure, vor dem Staatsgerichtshof zu erscheinen. Ganz ernsthaft wird darin der Gedanke erörtert, daß niemand aus dem Reiche verpflichtet sei, vor das Reichsgericht in Leipzig zu kommen, weil nun einmal die Pleiesteradt im Freistaat Sachsen gelegen ist und Sachsen bekanntlich eine sozialdemokratische Regierung hat. Wörtlich heißt es:

„Lagte dieser Gerichtshof nicht gerade im roten Sachsen, so würde sich kein Mensch über die beiden Fälle aufregen. So aber hat man hier (d. h. in München) stets das Beispiel Ehrhardt vor Augen, der immer noch in Leipzig seiner Ururteilung harret. Wenn in Sachsen, wie man hier immer bestimmter erwartet, der Käsestaat erklärt wird, dann wird Ehrhardt und mit ihm alle politischen Inhabiterien auf eine ordnungsmäßige Behandlung nicht mehr rechnen können, sondern rettungslos verschwinden.“

Ernsthaft glaubt natürlich selbst die „Kreuzzeitung“, nicht daran, daß in Sachsen der „Käsestaat“ ausgerufen werden könnte. Zudem weiß jedes Kind, daß bisher die Reichsgewalt noch immer ausgereicht hat, um Versuche, eine Räterepublik in einzelnen Ländern zu errichten, zu unterdrücken. Gerade München weiß doch davon ein Lied zu singen und Niederschönenfeld ist immer noch ein sehr betrübliches Erinnerungsmal an die Zeit der Münchener Räterepublik.

Wenn daher die „Kreuzzeitung“ wiederholt von dem „Ausnahmegericht in der Hochburg der Roten“ spricht, so ist das nichts weiter als eine mehr als plumpe Stimmungsmache. Selbst wenn die Herren Stabs- und anderen Offiziere, die jetzt das Redaktionskollegium der „Kreuzzeitung“ bilden, mit der Justiz nicht auf vertrautem Fuße stehen, so wird ihnen doch jeder einigermaßen versierte Laie sagen können, daß — von dem besonderen Gesetze zum Schutze der Republik ganz abgesehen — nach dem bestehenden Pressegesetz von 1874 noch immer jeder angeklagte Redakteur verpflichtet ist, vor jedem Gericht außerhalb seines Wohnortes zu erscheinen, wenn dort Anklage gegen ihn erhoben ist und das Gericht sein Erscheinen für notwendig hält.

Wenn z. B. ein Redakteur des „Vorwärts“ sagen wir einmal eine Anklage des Herrn Dietrich Eckart vor einem Münchener Gericht zu erwarten hätte, und dieses Münchener Gericht das persönliche Erscheinen des in Berlin wohnenden Vorwärtsredakteurs anordnet, so müßte unser Kollege nach München reisen oder gewärtig sein, daß seine Vorführung oder Verhaftung erfolge. Nehmen wir weiter an, unser Kollege würde sich weigern, nach München zu kommen, weil er zu den Münchener Selbstgerichten noch weniger Vertrauen hat als die Eckart und Beger zum Staatsgerichtshof beim Reichsgericht, so würde die preussische Polizei wahrscheinlich um Vollstreckung des Haftbefehls ersucht werden. Und wenn nun gar die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und andere mit uns sympathisierende Organisationen die preussische Polizei hindern wollten, der Justiz zu ihrem Rechte zu verhelfen, so würde es uns allerdings eine Freude sein, aus der „Kreuzzeitung“ zu erfahren, daß dieses Verhalten der besagten Organisationen und unseres Kollegen durchaus zu Recht bestünde. Leider werden wir dieses Vergnügen nicht erleben können,

denn ein sozialdemokratischer Redakteur ist bekanntlich nicht so feige, um sich vor irgendeinem Gerichtshof zu drücken, selbst wenn er in München amtiert.

München spielt um Deutschland.

München, 19. April. (UL.) Im Haushaltsauschuss des Landtages wurde heute nachmittag die Debatte über die Nationalsozialisten und die Rechtsradikalen fortgesetzt. Der Sozialdemokrat Endres verurteilte das passive Verhalten der Regierung gegenüber den Gewalttätigkeiten der vaterländischen Verbände und bezweifelte entschieden, daß die Regierung wirklich ihrer Machtmittel sicher sei. In ergreifender Weise sprach der pfälzische Abgeordnete Burger (Bayer. Volksp.) über die Verfolgung der Bevölkerung des besetzten Gebietes, stellte diesen Leiden die Forderungserhellungen und den Machtstomp in München entgegen und verlangte, daß man im besetzten Gebiet endlich aufhöre, die Kriegskompete zu blasen zwischen deutschen Volksgenossen. Schwere Vorwürfe erhob der Demokrat Dr. Durr gegen die Ausschreitungen rechtsradikaler Kreise und forderte, daß Parlament und die Regierung sich zu geschlossener Front zusammenfänden gegen die staatszerstörernde Tätigkeit von verblendeten Menschen, deren Geistesverwirrung das Volk ins Unglück zu stürzen drohe. Auch der Bauernbündler Ruchlegg wandte sich gegen die Münchener Umtriebe und verlangte von der Regierung, daß endlich ganz energisch durchgegriffen werde. Einen dringenden Appell richtete auch der pfälzische Abgeordnete Hildebrand (Bayer. Volksp.) an die Regierung: Wenn es in München so weiter geht, werde das Schicksal der Pfalz und des linken Rheinflusses hier in München entschieden, und zwar im schlimmsten Sinne. Wer ein solches Treiben unterstütze, handele vaterlandsfeindlich, und die Regierung solle gerade im Interesse des Vaterlandes in München durchgreifen und Ordnung schaffen. Es müsse endlich einmal zutage treten, daß das übrige Bayern nicht so denke wie in München und daß München isoliert sei. Es gelte, die Ruhe und das linke Rheinfluss zu retten.

Die Feiertage der Republik.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über die Feiertage und Gedenktage. Die Vorlage der Reichsregierung enthält die reichsrechtliche Anerkennung und Einführung von weltlichen und religiösen Feiertagen. Als weltlicher Feiertag steht im Vordergrund der 1. August als Nationalfeiertag für die Verfassungsfeier. Die Vorlage stellt den Grundgedanken auf, daß weltliche Feiertage nur durch Reichsgesetz eingeführt werden dürfen, wobei allerdings eine Ausnahme für die Feier des 1. Mai gemacht wird. Die Anschauungen über die Feiertage und über die wirtschaftlichen Folgen einer Meißfeier sind nach Ansicht der Regierung Cuno noch nicht so weit gefäkt, daß die in den einzelnen Ländern hier herorgetretenen Verschiedenheiten eine einheitliche Regelung von Reich wegen gestatten. Die gleiche Ausnahme will aber die Reichsregierung nicht für den 9. November gelten lassen, sondern vielmehr den einzelnen Landesregierungen die gesetzliche Anerkennung des Revolutions-Gedenktages als Feiertag verwehren. Dafür aber stempelt man einen Sonntag zum besonderen Gedenktag für die Opfer des Krieges. Religiöse Feiertage sollen auch in Zukunft durch das Landesrecht bestimmt werden können. Doch werden eine Reihe von Tagen reichsgesetzlich als religiöse Feiertage ohne weiteres anerkannt: Neujahrstag, Ostermontag, Himmelfahrtstag, Pfingstmontag, 1. und 2. Weihnachtstag und außerdem auch Karfreitag und Fronleichnam, soweit sie landesrechtlich anerkannt sind. Mit 36 gegen 30 Stimmen wurde der bayerische Antrag angenommen, der die Vorlage für verfassungsändernd erklärt. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der auch den Suhtag als gesetzlich geschützten Feiertag bezeichnet.

Zum Verbot der „Frankfurter Nachrichten“. Auf die Beschwerde der „Frankfurter Nachrichten“ hat der Oberpräsident von Hessen-Kassau das Wiedererscheinen des Blattes ab 21. April gestattet.

Das preussische Staatsministerium hat im Anschluß an das Jugendgerichtsgesetz, das am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Forstdiebstahl- und das Forst- und Feldpolizeigesetz den Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes anpaßt.

Der neue polnische Gesandte in Berlin. Für den Posten des polnischen Gesandten in Deutschland ist der gegenwärtige Leiter der polnischen Delegation bei den Dresdener Verhandlungen, Kasimir Diczewski, ausersehen.

Das Glück am Kinde.

Wir waren auch einmal jung und liebten einander so sehr, daß wir beschlossen, zu heiraten. Wie viele andere. Vielleicht dachten wir auch etwas Nüchternes als andere unseres Alters, denn gar zu viel Rot und Bitternis war schon an uns vorübergegangen. „Sie“ hatte eine Stiefmutter, die es nie verstanden, das Herz des heranwachsenden Mädchens zu gewinnen, und ich hatte die Eltern beide schon als Kind verloren und stand allein in der Welt. Und für sorgen der heutigen Art konnte man damals kaum. Es hieß eben: „Vogel friß oder stirb.“ Aber wir hatten beide gesunde Glieder und hielten den Kopf stets oben. So gelang es uns noch immer, das Schicksal zu meistern, damals und später.

Als gute Kameraden trugen wir unser Geschick gemeinsam in guten wie schlechten Tagen, und wir dürfen heute wohl sagen, manch Werk, das äußerlich als des einen Arbeit erscheint, birgt beider Wirken in sich.

Nach Jahren kam ein Kind und brachte uns — Sorgen und Freude. Schlaflose Nächte, die wir redlich teilten, und trauliche Stunden, in denen der kleine Geist zeigte, daß er sich allmählich auf der Erde zurecht fand. Eines Tages aber warf eine tödliche Kinderkrankheit unseren Liebling aufs Bett und nahm ihn uns nach wenigen Wochen des Wagens ganz fort. Weit draußen auf dem Friedhof der Großstadt senkten wir ihn ins Grab und hörten kaum, was liebende Freunde uns an Trostworten zu sagen hatten. Glück hin! Zuerst Erschöpfung nach den anstrengenden Krankenwachen neben der Tagesarbeit. Es waren böse Tage und Wochen, und als sie überstanden waren, da schienen wir beide merklich älter geworden zu sein.

Kein Kind mehr im Hause. Schaffen und Wirken früh und spät. Wir wurden beneidet. Kinderlose Eheleute konnten doch ihren ganzen Verdienst allein verzehren. Mag schon sein. Und doch ertrappen wir uns manchmal bei dem Gedanken, für wen wir denn eigentlich schaffen; allein für uns anspruchsvolle Leute?

Da kam der Krieg und riß uns lange auseinander. Meine zwei Nachbarn im Giebel hatten Kinder zu Hause gelassen. Beide waren sie nicht gerade zart besetzt. Und doch, der eine, der anfangs nie den Humor verlieren wollte, der in den unangenehmsten Situationen stets einen Witz zur Hand hatte, wurde allmählich still. Er ging nicht aus sich heraus. Bis ich ihn einmal in den ferbischen Bergen zum Neuen brachte, als wir beide allein in einer verlassenem Weisshütte nächtigten. „Meine beiden Mädchen daheim“ das war fast das einzige, was ich erfuhr. Ich wußte genug, was den starken Mann gepackt hatte. Mit dem anderen stand ich an einem taufrischen Frühmorgen an der skandinavischen Küste auf Posten, als er ein vergrißenes Blatt aus der Brusttasche nahm und immer wieder mit seinen Blicken umhing. Ich hatte sie beim Ausrücken gesehen, den großen Buben und die beiden Mädchen, und es war nun schon lange über ein Jahr her und an Urlaub nicht zu denken. — —

Und doch, leuchtete nicht stilles Glück in den harten Zügen des Mannes, wie er die Kinderbilder betrachtete?

Der Krieg ging vorüber und wir schafften und werkten, schwerer als vordem.

Da starb vor Jahr und Tag ein alter, lieber Freund, der sein Lebtage ein guter Kerl war, und hinterließ einen Reichtum an Kindern, von denen eines als unser Patenkind galt, weil wir es in seinen ersten Lebensstunden betreut hatten. Die Mutter war dem Gatten im Tode vorausgegangen. Wir aber hatten die Familie im Laufe der Zeit etwas aus dem Auge verloren. Wie aber die Nachricht vom Tode des Vaters kam, da war es klar: das Kind kommt zu uns. Die älteren Geschwister helfen sich schon eher selbst.

Kun ist es seit Jahr und Tag bei uns und mit ihm das Glück im Hause. Und wir wissen wieder, wofür wir schaffen und wirken. Freilich, die eigenen Eltern können wir nicht ersehen. Er war auch erst schwer, der Uebergang. Der Verlust beider Eltern schreibt ernste Züge ins Antlitz eines schon begreifenden Kindes: die Zeit aber lindert die Schmerzen. Allmählich tritt wieder die natürliche Freude am Leben hervor. Wir Alten leben mit dem Kinde noch einmal, aber abgeklärter, unsere eigene Jugend durch. Heute ertrappen wir uns manchmal, wie wir dem Kinde sorgend und doch freudig nachschauen, wenn es zur Schule oder sonst wohin geht. Und wenn das Kind es auch nicht sehen lassen will, manchmal kommt's mir doch vor, als ob ein Paar Kinderaugen erwartend umgeschaut haben, ob ich noch nicht heimkomme. Sei all den Sorgen, die sich eine Verpflichtung bringt, liegt doch ein Segen über dem Haus und eine Freude: das Glück am Kinde.

Warum ich das schreibe, was doch eigentlich nur uns angeht? Nun, ich weiß, es gibt der Kinder viele, die „elterntos eine freudlose Jugend verleben und unter sorgender Hand Segen stiften könnten; und auch der Ehepaare gibt es viele, die der Kinder entbehren und doch Liebe spenden könnten. Kinder könnten ihrem Leben Inhalt werden. Sollten sie sich nicht finden können? Die Jugendämter der Bezirke werden gern ihre hilfreiche Hand dazu bieten. Fr. K.

Die wirtschaftliche Lage des Buches. Am Kantaleonntag (29. April) wird, wie alljährlich, in Leipzig die Hauptversammlung des Buchhändlerbörsevereins die Leute vom Buche aus dem ganzen Reiche versammeln. Wenn die Buchhändler dort auf beraten sind, werden sie über ihren wirtschaftlichen Sorgen die für ihr Geschäft grundlegende Tatsache nicht vergessen dürfen, daß heute in weitesten Kreisen unseres Volkes Stimmung und Mittel zum Erwerb von Büchern fehlen. Die elementaren Bedürfnisse werden heute alle Mittel weg. So hat schon die Anfang April allen Preisabbau-bemühungen zum Trotz vom Börseverein eingeführte Erhöhung der Schlußsatzung von 2000 auf 2500 nur verdrängen können, was schon letztes Weihnachten spürbar war: den Rückgang im Absatz. Gewiß haben die Verleger recht, wenn sie auf die Steigerung der unmittelbaren Preisbildungsfaktoren des Buches hinweisen: Papier kostete Mitte März ungefähr das 900fache der Vorkriegszeit, Koppe das 1000fache, Satz und Druck das 500fache, Bucheinband das

5500fache. Demgegenüber kostete gleichzeitig das wissenschaftliche Buch nur etwa das 200fache. Mitgeholfen an dieser Niedrighaltung der Preise haben ja Reich und Staat durch die „Kriegsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, die für etwa 500 wissenschaftliche Zeitschriften, Abhandlungsserien, Fortsetzungswerke und Einzelveröffentlichungen mehr als 250 Millionen Mark bewilligte. Die Lage des medizinischen und technischen Verlags wird noch etwas günstiger geschildert als die des juristischen. Das naturwissenschaftliche Buch ernstester wissenschaftlicher Art leidet von dem Interesse des Auslandes für diese unsere Arbeit.

Aber ernst muß stimmen, daß seit dem vorigen Herbst das schönwissenschaftliche Buch ebenso wie das populärwissenschaftliche und kulturelle einen besonders starken Abschwüchigung erfahren hat. Das ist der Fall, wenn man nicht die trügerischen Parziffern, sondern die Stückzahl mit früheren Zeiten vergleicht. Das Ausland scheidet bei diesem Teile so gut wie ganz aus. Hier aber handelt es sich um nichts Geringeres als um die Verbreitung des deutschen literarischen Schaffens unserer Zeit und um die volkstümliche Bildungsarbeit. Die Verluste, durch Abschöpfung des Absatzes verblüffend zu wirken, haben schlagend gezeigt. Hier ist die Stelle ernstester Gefahr. Welcher Verleger soll den Mut aufbringen, den als gut und gangbar erkannten Roman eines unbekanntem Schriftstellers herauszubringen, wenn der Preis dafür so hoch bemessen werden muß, daß er Käufer abschreckt? Dramen und Gedichtbände zu verlegen, gilt immermehr als ganz aussichtslos, wenn es sich nicht um die berühmten Namen handelt. Vorschläge, die hier helfend eingreifen könnten, sind nicht sichtbar geworden. Und doch muß hier etwas geschehen. Denn derjenige, der unter dem heiligen Schlüsselzählensystem ebenso wie unter der Abkassierung am ersten leidet, ist allemal der Autor. Man darf gespannt sein, wie die Richtlinien aussehen werden, deren Verhandlung der Börseverein mit Vertretern des Akademischen Schöpfereins und des Verbandes deutscher Hochschulen kürzlich begonnen hat. Erste Sorge des Verlegers aber müßte eine strengere Revision seiner Preispolitik sein. Wie konnte es denn sein, daß neulich einer der größten deutschen Kunstverleger die Grundschulchen für seinen Buchverlag um 20 Proz. herabsetzte, zur selben Zeit, wo der Börseverein seine Schlüsselzahl um 25 Proz. heraufsetzte? Auch das Buch soll den Preisrückgang mitemachen oder wenigstens einen Preisstillstand erleben. Damit wäre nicht nur dem Buchhandel, vor allem wäre mit einer Belebung des Marktes den Autoren geholfen.

Woher das Leben? Seit Pasteur wissen wir bestimmt, daß es eine Urzeugung nicht gibt. In einem sterilisierten Gefäß entsteht nie und nimmer Leben. Nun war aber sicher einmal die ganze Erde in einem sterilisierten Zustande, sie war so heiß, daß auf ihr kein Leben bestehen oder gar entstehen konnte. Jetzt wimmelt die Erde von lebenden Wesen. Woher ist das Leben gekommen? Entweder hat die Lehre von der Unmöglichkeit der Urzeugung ein Loch — vielleicht konnte in langen Zeiträumen und unter veränderlichen Verhältnissen doch auf der Erde eine lebenbildende Kohlenstoff-Verbindung, eine Art Plasma entstehen — oder das Leben muß ihr von außen zugeflogen sein, etwa durch Meteorite. Diese Lehre wäre offenbar nur eine Verschiebung der Frage. Denn wenn die Erde das Leben von einem anderen fernen Weltkörper bekommen

Französischer Optimismus.

Berichte Le Trocquers und de Lasteries.

Paris, 19. April. (E.E.) Le Trocquer gab heute nach dem Ministerrat, bei dem er und sein Kollege de Lasteries über ihre Rubrikberichte hielten, vor den Berichtern der Presse folgende Erklärungen ab: Mitte März konnten im Ruhrgebiet nur auf einer halben 500 Tonnen Kohle täglich abgefördert werden; heute geschieht es auf 90 Halben in einer Menge von 8650 Tonnen, in acht Tagen werden es 10 000 Tonnen sein, und nach und nach werden wir auf 12 000 Tonnen täglich kommen. Auch die Kohlentransporte auf dem Wasser- und Landwege haben begonnen. Der Eisenbahnverkehr bessert sich. Die Versorgung der Armeen kann ordnungsgemäß vor sich gehen. Die internationalen Züge verkehren wieder. Der Personenverkehr weist erhöhte Zahlen auf. So wurden in der letzten Woche auf dem Bahnhof Essen täglich 60 (!) Fahrkarten ausgegeben; vorgestern waren es bereits 270 (!) In Trier verkaufte man vor 14 Tagen noch 150 Fahrkarten, gestern schon 1500.

Der Finanzminister de Lasteries erklärte: Wir haben im Ruhrgebiet Besprechungen über die Einführung der Kohlensteuer, über Zollfragen und Ausfuhrbewilligungen abgehalten. Anfang März waren die Einnahmen hieraus durchaus geringfügig. Allmählich nehmen die Deutschen das System der Ausfuhrbewilligungen aber in Anspruch. Infolgedessen haben sich die Ausfuhrabgaben gesteigert von 2640 Franken in der Zeit vom 7. bis 20. Februar auf 9416 Franken in der Zeit vom 20. bis 28. Februar, auf 213 638 Franken vom 1. bis 10. März, dann für die Zeit vom 10. bis 20. März auf 304 385 Franken, und für die Zeit vom 20. bis 31. März auf 432 228 Franken. De Lasteries schilderte dann die Finanzlage Deutschlands, die sich immer weiter verschlechtert. Die Schulden des Reiches wuchsen ins Ungemessene, und Deutschland schlage hierin fast den russischen Rekord. In einem Monat hätte sich die Banknotenausgabe verdoppelt. Dieser Lage versuche Deutschland durch die Dollarkonvention abzuwehren, was ihm aber nicht gelungen sei. Eine derartige Politik könne nicht lange beibehalten werden, und Deutschland gehe der sicheren Katastrophe entgegen. Man wisse nicht, wann diese eintreten werde, aber die Mark könne in einigen Tagen zusammenbrechen, und Deutschland müsse sich dann selbst helfen, daß es endgültig besiegt sei.

Nehmen wir selbst an, die Angaben der beiden Minister stimmten, so bleiben doch die Ergebnisse der Aktion lächerlich gering im Vergleich zu dem Aufwand an Personal und Geldern, der dafür gemacht werden mußte. Weder die angegebenen Kohlenmengen, noch die Erträge der Ausfuhrbewilligungen sollen gegenüber den Millionen, die das Abenteuer verschlingt, irgendwie ins Gewicht. Auch die 270 in Essen verkauften Fahrkarten werden daran nichts ändern können. Uebrigens haben die beiden Minister nur die Ziffern vortragen können, die ihnen von ihren Untergebenen an der Ruhr mitgeteilt wurden und letztere werden wohl ein gewisses Interesse daran haben, die Lage etwas rosigger zu schildern, als sie es tatsächlich sein dürfte. Bezeichnenderweise hat Le Trocquer kein Wort über die Kohlenmengen gesagt, auf die es ja der französischen Industrie vor allem ankommt.

Die frohlockenden Voraussagen Lasteries über die bevorstehende deutsche Finanzkatastrophe zeugen nur von unglaublicher Verblendung; denn einem ruinierten Deutschland wird man die internationale Anleihe nicht zumuten, ohne die Frankreich niemals die süßigen Summen erhalten wird, die es so dringend benötigt. Da wir aber kaum annehmen können, daß selbst der französische Finanzminister dies nicht einzusehen vermag, so mühten wir ihn zu jener Kategorie von Leuten zählen, von denen Genosse Vincenti Kurios am Dienstag im „Quotidien“ schrieb, daß sie gar keine Reparationen wollten, weil sie eine dauernde militärische Besetzung, d. h. eine Annexion Westdeutschlands vorziehen.

hätte, so mühte man wieder fragen: woher hätte dieser das Leben? Inbesseren bedeutende Gelehrte, wie Helmholtz und Ardenius, halten diese Antwort auf die Frage für die wahrscheinlichere. Zugunsten ist, daß eine Infektion der Planeten durch Keime aus dem Weltall immer noch eine einfachere Annahme ist, als jedem Planeten eine bestandene „Schöpfung“ abzuverlangen. Dann braucht ja nur an einer einzigen Stelle im Weltraum das Leben entstanden sein, alles Leben auf allen Planeten aller Sonnen wäre dann davon abzuleiten. Aber an dieser ersten Stelle mühte doch eine Urzeugung eingetreten sein, was man ein. Vielleicht auch nicht, sagen die Vertreter jener Uebertragungsidee. Nimmt man an, daß die Materie von Ewigkeit her besteht, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch das Leben von Ewigkeit her bestehen sollte! Wir hätten dann also bloß zu glauben, daß unbedeute und brieble Materie nicht nacheinander bestanden habe, sondern jederzeit schon nebeneinander. Dieser Gedanke ist freilich für uns ungewöhnlich, aber man kann ihn denken.

Orientalische Märchen zu hören — nicht vorgelesen, sondern fesseltend erzählt zu bekommen und sich dabei aus dem verdunkelten Reiterstall zu Berlin in alle Farbenhelligkeit asiatischer Sonnenlandes wegzuräumen, das verdankt man Hrn. Marguarden-Ramphöener. Sie trägt den Namen eines jener preussischen Lärngeneräle, und was und wie sie erzählt, muß sie in den Bazaren und Cafés gelernt haben, wo der Orientale sich nahe der Natur, gewiß noch heute dem süßen Reff hingibt, dem gedankenvollen Nichtstun, das ihn in Ferne und Abenteuer, zurück in die Kindheit und voraus in Gefahr und Glück tauchen läßt, während wir in gedankloser Arbeit arbeiten, hassen und verzweifeln.

Staatsoper und Juristwähler. Die Intendanz teilt mit: Es war in Erwägung gezogen, ob mit Herrn Juristwähler für die Sinfonie-Kongerte, gelegentlich auch für eine Anzahl von Opernabenden, ein Abkommen getroffen werden könne. Die nähere Nachprüfung der von Herrn Juristwähler in Berlin und Leipzig eingegangenen Verpflichtungen als Kongertdirigent ergab die Unmöglichkeit einer erfolgreichen Fortsetzung der Besprechungen. Eine periodische Betätigung Juristwählers am Opernpult war hauptsächlich im Hinblick auf die Erweiterung des Betriebes durch Hinzutritt des neuen Hauses am Königsplatz erwünscht, um zu den führenden Dirigenten noch die wertvolle Kraft Juristwählers hinzuzugewinnen. Die Stellung des Generalmusikdirektors Leo Blech wäre durch die Verpflichtung Juristwählers in seiner Weise berührt worden.

Richard Tauber bräutet morgen. Sonnabend, sein auf die Abende berechnetes zweites Gastspiel an der Staatsoper als „Rudolf“ in „Walden“ und jetzt es am Dienstag als „Pedro“ in „Melland“, am Donnerstag als „Turiddu“ in „Cavalleria rusticana“ und am Sonnabend, den 25. als „Don Oskalo“ in „Don Giovanni“ ist.

Die Abonnenten des Großen Schauspielhauses bekommen die Karte für die beiden ausverkauften Vorstellungen vom 20. April an (Abends von 6-7 und während der Pausen) zurückgegeben oder können die Vorstellungen im nächsten Spieljahr nachholen.

Eine Holz-Auktion. Sie wird am Anlaß des 60. Geburtstages von Frau Dols veranstaltet. Zahlreiche Spenden, darunter Handzeichnungen und Originalgraphiken erster Künstler, Erbstücke und Handschriften der Werke von Holz sind dafür eingegangen. Die Versteigerung findet am Mittwoch, 23. April, 4 Uhr, im „Bücher-Kabinett“, Charlottenburg, Kommodenstraße 12, statt. Vorbestellung täglich.

Die Karlsruhstagtragödie in Essen.

Eine Antwortnote Poincarés.

Die französische Regierung hat den deutschen Protest vom 4. April gegen das am Osterjonnabend von französischen Truppen auf den Kruppischen Werken in Essen angerichtete Blutbad mit der folgenden, an den deutschen Geschäftsträger in Paris gerichteten Note vom 18. April beantwortet:

„Ihr Schreiben vom 4. April, womit Sie mir die Bemerkungen Ihrer Regierung über die Zwischenfälle mitteilen, die sich am 31. März in Essen abgespielt haben, enthält unrichtige Behauptungen, zu deren Berichtigung ich mich nach den sehr genauen Feststellungen der von mir angeordneten Untersuchung für verpflichtet halte.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Automobilhalle der Kruppischen Werke sich nicht in der Mitte der Fabrikgebäude, sondern am Rande einer Straße befindet. Die Besetzung der Halle durch die französische Abteilung, die mit der Requisition der Automobile beauftragt war, konnte deshalb die Tätigkeit der Arbeiter

in keiner Weise stören.

Der Offizier, der die Abteilung befehligte, hat überdies sofort nach seinem Eintreffen, also um 7 Uhr morgens, den Zweck seines Auftrages dem Chef der Automobilhalle mitgeteilt. Es konnte deshalb kein Zweifel über den Grund seiner Anwesenheit bestehen, die von den Arbeitern überhaupt nicht bemerkt worden wäre, wenn sie ihnen nicht signalisiert worden wäre. Erst um 9 Uhr traten die Sirenen infolge von Besprechungen zwischen dem Betriebsrat und der Werkleitung in Tätigkeit, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, die Werkstätten zu verlassen und sich um die Automobilhalle zu sammeln. Die Menge beobachtete zuerst eine verhältnismäßig ruhige Haltung. Jedoch traten Reibereien auf, die Anproben hielten und die Menge gegen den Offizier und gegen die von ihm befehligte Abteilung aufreizten. Auf diese Aufreizungen, für welche

die Werkleitung verantwortlich

ist, muß die feindselige Haltung zurückgeführt werden, die von der Menge der Arbeiter in immer zunehmendem Maße eingenommen wurde. Die Arbeiter schlangen Spazierstöcke und Revolver und begannen, Steine, Koksstücke und Kufhängen der Halle auf die französischen Soldaten niederzuhageln zu lassen. Der Offizier wurde sogar an der Hand getroffen. Andererseits ergab sich ein Teil der Aufwiegler hinter das Gebäude, um die französische Abteilung rückwärts zu lassen, während Lokomotiven an die äußere Mauer herangeführt und Dampfströme in die Halle hineingeleitet wurden, um die Besatzungsabteilung zu bedrücken. Der Offizier hat trotz der sehr kritischen Lage, in der er sich befand, keinen Augenblick die Kaltblütigkeit verloren, obwohl er von allen Seiten umringt und bedroht war, überwältigt zu werden. Der Offizier veranlaßte die vorchriftsmäßigen Warnungen in deutscher Sprache.

Als diese Warnungen ohne Wirkung blieben, ließ er

zwei Schüsse in die Dede

der Einsahrt geben, was nur eine sehr leichte Beschädigung zur Folge hatte. Dann erst befahl der Offizier eine Salve, wobei er absichtlich als Zielpunkt den oberen Rand der der Einsahrt gegenüberliegenden Mauer angab. Dadurch wurde es möglich, die Zahl der Opfer auf das äußerste zu beschränken. Die Abteilung konnte sich alsdann in guter Ordnung zurückziehen.

Ich füge hinzu, daß die Augenzeugen die Richtigkeit der

Tatsachen, wie ich mich beehrt habe, sie vorstehend wiederzugeben, bestätigt haben. Diese Darstellung scheint keinen Zweifel über die Absicht der Werkleitung und einiger Parteigänger bestehen zu lassen, aus Anlaß einer völlig normalen Requisitionsmahnahme einen Zwischenfall herbeizuführen, für den sie die Verantwortung tragen müssen.

Genehmigen Sie usw.

gez. Poincaré.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Die Reichsregierung hat den deutschen Geschäftsträger in Paris beauftragt, die vorstehende französische Note wie folgt zu beantworten:

„Die Deutsche Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung, die bisher die deutschen Proteste gegen das Vorgehen ihrer Truppen im Ruhrgebiet unbeantwortet gelassen hat, sich jetzt veranlaßt sieht, zu den blutigen Ereignissen, die sich am Osterjonnabend in Essen abgespielt haben, amtlich Stellung zu nehmen.

Die Ausführungen der Note vom 18. April, die das Ergebnis der französischen Ermittlungen über jene Ereignisse wiedergeben und damit die deutsche Darstellung des Sachverhaltes widerlegen wollen, können jedoch

nicht als zureichend

anerkannt werden. Die der Deutschen Regierung inzwischen noch zugegangenen Nachrichten haben die Darstellung der deutschen Note vom 4. April in allen Punkten, auf die es für die Beurteilung des Sachverhaltes ankommt, als richtig bestätigt. Das gilt insbesondere von den Gerichtsprotokollen über die eidliche Vernehmung von mehreren Arbeitern und Angestellten der Kruppischen Werke, die Augenzeugen der Vorfälle gewesen sind.

Die Deutsche Regierung ist bereit, beglaubigte Abschriften dieser Vernehmungsprotokolle der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, falls auch diese ihr Beweismaterial herausgibt. Um jedoch ohne jede Verzögerung zu einer von beiden Seiten anzuerkennenden Feststellung des Tatbestandes zu gelangen, schlägt die Deutsche Regierung die

Einführung einer internationalen Untersuchungskommission

vor, die gemäß dem Haager Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte.

Obwohl die Deutsche Regierung den Antrag auf Einführung einer solchen Kommission anlässlich zweier früherer Vorfälle im Ruhrgebiet vergeblich gestellt hat, erwartet sie, daß sich die französische Regierung jetzt dem internationalen Untersuchungsverfahren nicht entziehen wird. Die französische Regierung wird nicht behaupten wollen, daß der Zwischenfall von Essen seine einwandfreie Klärung in einem kriegsgerichtlichen Verfahren finden könnte, wie es anscheinend von den französischen Befehlshabern gegen die noch immer in Haft befindlichen drei Mitglieder der Direktion der Kruppischen Werke durchgeführt werden soll. Da es sich um die Frage handelt, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, würde ein aus Angehörigen dieser Truppen gebildetes Kriegsgericht zugleich Partei und Richter sein.“

Die neue schwedische Regierung ist gebildet worden. Ministerpräsident ist Trygger, Außenminister Hedberg.

Severing und der Selbstschutz.

Die Ausbreitung der deutschvölkischen Bauschabsichten, die Verhältnisse in Bayern und sonstige reaktionäre Erscheinungen haben innerhalb der Arbeiterschaft die Auffassung hervorgerufen, daß jetzt endlich Selbsthilfe zum Schutze der Republik notwendig ist. In einzelnen Orten des Reiches sind sozialdemokratische Bausevereine deshalb zur Bildung unbewaffneter Hundertschaften geschritten, die ausschließlich der Sicherung der gegenwärtigen Staatsform dienen sollen. Zunächst hat man in Leipzig mit der Einrichtung derartiger Organisationen begonnen. Kurze Zeit später wurde das sächsische Beispiel in Preußen zum erstenmal durch die Magdeburger Parteiorganisation nachgeahmt. Die Berechtigung zur Bildung derartiger Organisationen wird von den vorliegenden Seiten angezweifelt. Ein Reaktionsmitglied des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes nahm deshalb Gelegenheit, den für Preußen zuständigen Polizeiminister, Genossen Severing, darüber zu befragen, ob die in Magdeburg gebildeten Hundertschaften die Billigung des Ministeriums des Innern finden. Severing erklärte:

„Aus den Erklärungen des Sprechers der Magdeburger Hundertschaften geht hervor, daß sie sich in voller Öffentlichkeit zeigen wollen, daß sie sich weder polizeiliche noch militärische Befugnisse anmaßen und endlich, daß sie vollständig unbewaffnet sind. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Tätigkeit dieser Hundertschaften sich nicht gegen die Republik richtet und daß weder Verwaltungsorgane noch andere behördliche Einrichtungen in ihrer Tätigkeit von diesen Hundertschaften gestört werden. Trotzdem halte ich den

Aufmarsch der Magdeburger Hundertschaften

für bedenklich, und ich möchte wünschen, daß er nicht wiederholt wird. Was einer Partei gestattet wird, kann anderen nicht verwehrt werden. Wir haben heute schon die bunteste Musterkarte von Hundertschaften, Turnerschaften, Wanderriegen usw. Abgesehen von den Geheimorganisationen der rechtsgerichteten Parteien, die sich in ihren Zielen und in ihrer Tätigkeit himmelweit von den Absichten der Magdeburger unterscheiden, wird in der Arbeiterschaft zur Bildung von Abwehrhundertschaften aufgerufen von der kommunistischen Partei, vom Ausschuss des Betriebsrätekongresses oder, wie in Remscheid, vom Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Kommunisten propagieren Betriebs- und Bezirkshundertschaften und werben unter den Mitgliedern aller Arbeiterparteien, sind aber bestrebt, die Führung selbst zu übernehmen. Schon die Aufzählung dieser Tatsachen zeigt, daß es das tollste Durcheinander geben mühte, wenn die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Interessengruppen einen Teil ihrer Mitglieder zu Hundertschaften organisierten und — beabsichtigt oder nicht — zur Anwendung von physischer Gewalt erzogen. Wenn die Selbstschutzorganisationen der landwirtschaftlichen Bevölkerung u. a. die Aufgabe hatten, den Lieferstreik der Landwirtschaft durchzuführen, so findet das in diesen Tagen ein Seitenstück in dem Treiben sogenannter proletarischer Hundertschaften in Stoppenberg und Rothhausen, deren Mitglieder sich anschickten, die Kohlenbestände der Zechen sich gewaltsam anzueignen und nach Gutsdänken zu verteilen. Nicht auf

die Absichten der proletarischen Hundertschaften

kommt es an, sondern auf ihre Tätigkeit und ihre Wirkung. Als am

13. März 1920 der Hochverräter Kapp seine Proklamation erließ, war auch vom Schutze der Verfassung und der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die Rede. Das Vorgehen der proletarischen Hundertschaften, gegen die faschistische Gefahr aufzutreten, kann darum kein Freiheitskampf sein für die Betätigung, die sich naturgemäß aus derartigen festgesetzten Organisationen entwickelt muß: Terrorisierung Andersdenkender, Belästigung friedlicher Bürger und damit schließlich Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Erfahrungen der Jahre 1919 und 1920 beweisen zudem zur Genüge, daß die auf Anwendung von Gewalt eingestellten Formationen der Arbeiter (Arbeiterwehren, Ortswehren, Sicherheitsausschüsse) ihre Machtmittel keineswegs ausschließlich oder vorwiegend für die Säuberung der Republik und die Begrenzung privatkapitalistischer Ausbeutung verwandt haben. Der proletarische Selbstschutz als Organisation an sich kann in Zeiten größerer wirtschaftlicher Not nur zur Vermehrung der Unordnung und zur Vergrößerung der Notlage beitragen. Wenn also auch an den besten Absichten der Magdeburger nicht zu zweifeln ist, wenn im Gegenteil der gute Wille, die Republik gegen Feinde von „rechts“ und „links“ zu schützen, die höchste Anerkennung verdient, so halte ich es nichtsdestoweniger für erforderlich, daß

jeder Aufmarsch und jede Übung unterbleibt,

um nicht andere Gruppen zu gleichem Vorgehen anzureizen und dadurch die allgemeine Nervosität unserer Zeit bis ins Ungemessene zu steigern.“

Auf die Frage an den Minister, ob er es nicht für notwendig hält, den seit zusammengeschlossenen rechtsgerichteten Organisationen gegenüber ein Gegengewicht durch die verfassungstreuen Gruppen des Volkes zu schaffen, erklärte er:

„Ich habe in verschiedenen Landtagsreden darauf hingewiesen, daß der sicherste Schutz der Republik und die festeste Bürgerschaft für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung im engsten Zusammenschluß aller ehrlichen Republikaner liegt. Der in den letzten Wochen erfolgte Zusammenschluß der Gewerkschaften und Angestelltenverbände ist ein nicht zu unterschätzender Aktio-Punkt im Kampfe zur Verteidigung der Verfassung und der Republik. Nicht auf die geräuschvolle Bekundung des Willens, die Republik zu schützen, kommt es an, sondern auf die Sammlung und praktische Verwendung aller vorhandenen Kräfte. Ich habe mich schon einmal, und zwar gerade in Magdeburg, gegen die Auffassung gewandt, daß Außerlichkeiten und geräuschvolle Vorbereitungen gleichbedeutend seien mit wirklicher Kraft und Bereitschaft. Das war im Jahre 1910, als Raja Sugemburg und Karl Liebknecht auf dem Magdeburger Parteitag der Propaganda des Massenstreiks das Wort redeten. Es ist nicht überflüssig heute an diese Debatte zu erinnern. Ich habe mir damals erlaubt, an das Wort eines unserer Großen zu erinnern, daß Begeisterung keine Fringsware sei, die sich auf viele Jahre einpökeln ließe. Ich habe aber auch gesagt, daß, wenn eine Situation, die zum Handeln aufreize, an die Partei herantrete, auch gehandelt werden würde. Diese Grundauffassung halte ich auch heute noch für richtig. Wir brauchen keine Resolution, wir brauchen keine Demonstrationen — wir brauchen den Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Verbände. Wir brauchen keine Maßnahmen, sondern Männer! Bereit sein — ist alles!“

Schulfragen im Stadtparlament.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern auf ihrer Tagesordnung mehrere das Schulwesen betreffende Angelegenheiten, deren Erörterung den größten Teil der Sitzung in Anspruch nahm. Lebhafte Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit gab es bei der Magistratsvorlage über die Zusammenlegung höherer Schulen, die nicht aus grundsätzlichen, sondern aus finanziellen Gründen durchgeführt werden soll. Hier wollte der deutschnationale Pfarrer Koch sich als Anwalt des Schulwesens aufspielen, aber er wurde von dem Oberstadtschulrat Genossen Paulsen und vom Stadtverordneten Genossen Wenzl kräftig zurückgewiesen.

In der gestrigen Sitzung widmete Vorsteher Dr. Caspari dem so jäh dem Leben entrissenen Mitgliede der Versammlung, unserem Genossen Böcher, Worte ehrenden Nachruf, in denen er auch die vorbildlich eifrige Pflückerfüllung des dahingegangenen Kollegen rühmend hervorhob. — Sodann gedachte er auch des Verlustes, den die Versammlung und die Wirtschaftspartei durch den Stadtk. Röder erlitten hat.

Der schon bekannte dringliche Antrag der Sozialdemokraten auf Senkung der Bäderpreise für Jugendliche und Sportvereine ging an den Haushaltsausschuß, der in der nächsten Sitzung berichten wird.

Ein Antrag der Deutschnationalen, den Magistrat zu ersuchen, die Verfügung zurückzunehmen, wonach bei Einbürgerungen die Bezirksvereinigungen nicht mehr gehört werden sollen, wurde vom Genossen Kreuziger bekämpft und von der Versammlung mit 72 gegen 66 Stimmen verworfen.

Dr. Falkenberg (D. Sp.) befürwortete darauf unter Polemik gegen eine frühere bezügl. Äußerung des „Vorwärts“ den Antrag, seiner Partei: „Um

das Weiterbestehen der Rettungssellen

zu ermöglichen, wird der Magistrat ersucht, zu erwägen, ob nicht die Heilgehilfen durch approbierte Ärzte ersetzt werden können, da deren Bezüge nach den jetzt getroffenen Abmachungen geringer sind, als die der Heilgehilfen.“ Er bestand darauf, den Antrag durchaus ernst genommen zu sehen, und warf dem „Vorwärts“ vor, daß er von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Hier habe man auf Kosten der Ärzte abgebaut. Ausschussprüfung sei nötig.

Genosse Wenzl: Auch mir ist der Antrag zuerst mißfällig nicht ernst erschienen. Wenn wir ihn heute ernst nehmen sollen, so ist es doch sehr bedauerlich, daß er hier wieder von vorn anfangen will, nachdem erst vor wenigen Wochen unser eifriger Mitwirkender der Antragsteller die Arbeit der Reorganisation des Rettungswesens abgeschlossen ist. Die im festen Verhältnis zur Stadt stehenden Ärzte werden durchaus angemessen honoriert.

Die Ausschussberatung und der Antrag selbst wurden abgelehnt. Zu dem am 15. Februar eingebrachten Dringlichkeitsanträge aller Fraktionen, einen Ausschuss zur Nachprüfung der Raumnot in den Schulen

einzusetzen, hat der eingesehene Ausschuss am 24. März folgende Vorschläge gemacht: 1. Die Mittel zur Instandsetzung der Schule Bergengrabenstr. 11, zur Fertigstellung des Schulhauses in der Mandelstraße und zum Neubau des Luther-Gymnasiums zu bewilligen; 2. die Mädchenfortbildungsschule in der Gr. Hamburger Straße spätestens am 1. Oktober für Schulzwecke zu schließen; 3. dafür zu sorgen, daß ohne Zustimmung der Schulverwaltung keine Schulräume mehr für Büroräume fortgenommen, sondern umgekehrt nach Möglichkeit die schon beschlagnahmten Schulen wieder freigemacht werden; 4. der Versammlung schleunigst eine Vorlage zu machen, nach der für die am meisten an der Raumnot leidenden Schulen einschließlich der Taubstummenschule Abhilfe geschaffen wird.

Genosse Kreuziger stellte fest, daß es um die Raum- und Unterrichtsverhältnisse besonders schlecht in den Fortbildungs- und Volksschulen bestellt ist. Die Räume der Schule in der Gr. Hamburger Straße seien gesundheitswidrig, die Abortanlage in einem geradezu unerträglichen Zustand;

die Mädchen müßten an einem öffentlichen Abort vorbeigehen. Dieser skandalöse Zustand sei immer noch nicht beseitigt. Im übrigen empfahl Redner dringend die Ausschussvorschläge zur

Annahme. — Mit gleichem Nachdruck geschah das durch Frau Dr. Raler (D. Sp.).

Stadtschulrat Paulsen konnte mitteilen, daß der Umzug des Luther-Gymnasiums bereits begonnen hat und daß es wohl gelingen wird, auch für die Taubstummenschule ein besseres Unterkommen zu beschaffen und aus dem Gebäude in der Gr. Hamburger Straße die Mädchenfortbildungsschule zu verlegen. — Goh (Komm.) lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den skandalösen Zustand der Abortverhältnisse aller, auch der höheren Schulen; hier befänden sich höchst gefährliche Ansteckungsherde. Die Ausschussanträge wurden angenommen.

„Sozialen Frauenschule“

soll nach dem Ausführantrag eine Unterstützung von 2 Millionen Mark bewilligt werden; außerdem wird eine Vorlage wegen der weiteren Ausgestaltung der Sozialen Frauenschule gefordert. Genosse Dr. Bohmann: Wir legen Wert darauf, daß nach der Verabschiedung des Etats durch eine Vorlage die Frage der Angliederung der Sozialen Frauenschule an das städtische Bildungswesen entschieden werde. Dagegen halten wir die Frage der katholischen und evangelischen Frauenschulen noch nicht für spruchreif und beantragen, daß uns hierüber zunächst ein Magistratsbericht erstattet wird. Die Ausschussanträge werden angenommen, der Änderungsantrag Bohmann mit 97 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Die Annahme des Magistratsvorschlags auf Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Kinder in der Taubstummen-, Blinden- und Blindenfortbildungsschule auf 6000 M. erfolgte mit großer Mehrheit.

„Planwirtschaft bei den höheren Lehranstalten“

des alten Berlin wird die unverzügliche Zusammenlegung höherer Lehranstalten mit ungenügender Schülerzahl im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden Beabtenenschulen vorgeschlagen. Der Rest des humanistischen Teils des Köllnischen Gymnasiums soll mit dem Gymnasium zum Grauen Kloster vereinigt, Humboldt- und Friedrichsgymnasium zusammengelegt werden. In die Räume des letzteren soll die Friedrichswerder-Oberrealschule einziehen.

Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen!

Die Feinde der Republik benehnen gegenwärtig die ihnen gewährte Freiheit, um bei öffentlichen Schaustellungen, im Varieté, im Zirkus und Kino monarchistische und nationalistische Propaganda zu treiben. Die Vorführung von „1806“ im Zirkus Busch, die „Schmach am Rhein“ in einem Zirkus am Bahnhof Gesundbrunnen, „Fridericus Rex“ im Ufa-Palast am Zoo und ähnliche Veranstaltungen in vielen anderen Vergnügungstätten werden allabendlich zu lauten Kundgebungen für Monarchie und Militarismus benutzt. Wir warnen Euch vor dem Besuch solcher Vorführungen und Veranstaltungen, die nichts sind als üble Geschichtsklitterung und Propaganda für die alten Gewalttäter Deutschlands. Mit Euren Eintrittsgeldern unterläßt Ihr die monarchistische und nationalistische Propaganda, die Ihr sonst bekämpft. Gebt unsere Warnung an alle Arbeitstollegen weiter. Als Eltern und Erzieher macht Euren ganzen Einfluß auf die schulpflichtige und heranwachsende Jugend geltend, auf daß sie diesen den Geist verblöhdenden Veranstaltungen fernbleibt. Boykott dieser Veranstaltungen durch das arbeitende Volk ist das beste Mittel, sie verschwinden zu lassen.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Bezirk Berlin.
Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

In der Aussprache protestiert Koch (Dnat. Sp.) gegen diese „Wirtschaft“ des Magistrats, der die Verarmung einfach ignoriert. Auch Genosse Dr. Wenzl konstatiert, daß der Magistrat sie wieder vor vollendete Tatsachen stellt. Die Beabtenenschulen, die Herrn Koch ein Dorn im Auge seien, habe der Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster Dr. Reimann begründet, und Paulsen sei daran ganz unschuldig. Koch habe wohl nur gegen den bisherigen Direktor des Friedrichsgymnasiums, den Kommunisten Goh, der jetzt Direktor der Beabtenenschule werden sollte, sein Gift verspritzen wollen. Dr. Troppke (D. Sp.) hielt die Verlegung der Friedrichswerder-Oberrealschule nach dem Norden für einen argen Mißgriff.

Stadtschulrat Paulsen: Der Beschluß des Abbaues und der Umwandlung des Köllnischen Gymnasiums ist schon 1918 gefaßt worden. Jetzt sollen die beiden Beabtenenschulen, die im Köllnischen Gymnasium und die Kämpf-Realschule, im Schulgebäude an der Inselstraße vereinigt werden. Die Frage, ob Herr Goh von uns einfach an diese Beabtenenschule verlegt werden kann oder ob wir zu einer neuen Wahl schreiben müssen, wird jetzt geprüft.

Goh (Komm.): Ich habe mich stets aufs enerischste gegen jede Reduktion des höheren städtischen Schulwesens gewehrt. Der Lehrplan für die Beabtenenschule stammt schon aus 1917, das Ergebnis ist ein sehr günstiges. Ich selbst habe auch die Klarstellung der Frage der Bestellung des Direktors betrieben.

Wenzl (Dem.) befürwortete Ausschussberatung. Koch entsetzte allgemeine Heiterkeit mit der Erklärung, daß er an ungeschlichen Vereinigungen grundsätzlich nicht teilnehme — und die sog. Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulwesens entbehere der geistlichen Grundlauge!

Der Stadtschulrat bat nochmals um sofortige Beschlußfassung, aber vergeblich, denn die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss wurde mit 86 gegen 72 Stimmen beschloffen.

Die Vorlage wegen Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten am 1. April ging an den Haushaltsausschuß, ebenso die Vorlage wegen Bewilligung weiterer Mittel für die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn und die Anleihevorlage. — Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Warenzurückhaltung und Angstläufe

Die ersten Folgen der neuen Markentwertung.

Der Marksturz hat neben anderen auch die unerfreuliche Erscheinung gehabt, daß auf einzelnen Gebieten des Handels von den Kaufleuten eine nicht unbedeutliche Zurückhaltung von Waren geübt wird, während auf der anderen Seite vom Publikum Angstläufe vorgenommen werden, durch die die Preise außerordentlich stark in die Höhe getrieben werden.

Besonders auf dem Lebensmittelmarkt hat diese Erscheinung gestern zu bedenklichen Zuständen geführt und das Eingreifen der Polizei in einzelnen Fällen notwendig gemacht. Besonders in Oberbischdowweide nahm die gereizte Menge vor Lebensmittelgeschäften eine so drohende Haltung ein, daß Schutzpolizei einschreiten mußte. Es handelte sich in erster Linie um solche Geschäfte, die Auslandsware, das vorgestern noch 3600 M. kostete, am gestrigen Donnerstag nur 3900 Mark anboten. Aber auch in den Berliner Markthallen spielten sich ähnliche Szenen ab. Hier war die Beobachtung zu machen, daß einzelne Firmen Margarine und Schmalz überhaupt nicht verkaufen, sondern erklärten, abwarten zu wollen, wie sich die Aufwärtsbewegung des Dollars weiter gestalten werde. An vielen Stellen wurde die Dose so bedrohlich, daß Polizei einrückt, um in vermittelter Weise die Kaufleute zu veranlassen, zu verkaufen. Die Polizeireitere in Groß-Berlin haben Anweisung von der Bucherabteilung, daß bei offenkundiger Zurückhaltung von Waren eingegriffen und die Inhaber gezwungen werden, Lebensmittel, namentlich Fett, zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Dem konsumierenden Publikum steht jetzt eine Erleichterung von nahezu drei Monaten zur Seite. In dieser Zeit, in der die Mark stabil war, hat es sich erwiesen, daß die Lebensmittelpreise keineswegs in der erwünschten und notwendigen Weise herabgegangen waren. Wenn jetzt, in einer Zeit, in der die Waren des Volkes durch die Rubrotaetendheit und die immer frecher werdende monarchistisch-fascistische Propaganda bis zum Neuherten angespannt sind, die gemeinen durch nichts gerechtfertigten Kräfte der Händler wieder einsehen, sofort die gesamten

(Nachdruck verboten. Der Koll-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Der Mann kam über das Deck näher. Andrews stand starr, jeder Muskel gespannt.

„Donnerwetter, du hast ja deine Uniform ausgezogen... Beruhige dich, ich bin kein Militärpolizist, bin auch ohne Urlaub fort. Gib her die Wote.“

Er streckte seine Hand aus. Andrews nahm die Hand, zögernd, ohne sich vom Ende des Rahnes fortzubewegen.

„Sag, Kamerad, 's ist 'ne dumme Geschichte, die Uniform ausziehen. Hast keine mehr? Wenn sie dich erwischen, fester's dich das Leben.“

„Ist mir gleich. Es ist jetzt geschehen.“

„Du denkst wohl immer noch, ich bin ein Militärpolizist? Ich schwöre, ich bin's nicht. Vielleicht aber bist du es. Dieses Leben ist wirklich die Hölle. Man kann keinem Menschen mehr vertrauen.“

„Von welcher Division kommst du?“

„Ich komme, dich zu warnen. Dieser Franzose da, der war so'n bißchen angefaßelt und hat in der Kneipe geplappert, er sein Anarchist und all' so'n Zeugs, und er hätte 'nen amerikanischen Deserteur, der auch 'n Anarchist sei, und so weiter, und da sagte ich zu mir, den Jungen werden sie fassen, wenn er nicht acht gibt. So habe ich mich denn dem alten Franzmann da angeknüpft und gefragt, ich möchte den Kameraden da sehen, und ich denke, wir machen uns beide besser bald aus dem Staube.“

„Verdammt anständig. Tut mir leid, daß ich so mißtrauisch war. War vor Schreden ganz starr, als ich dich zuerst sah.“

„Hättest auch verdammt recht. Aber warum hast du die Uniform ausgezogen?“

„Machen wir, daß wir hier fortkommen. Ich erzähle dir noch davon.“

Andrews schüttelte dem alten Mann und der alten Frau die Hände. Rosaline war verschwunden.

„Gute Nacht, danke schön,“ sagte er und folgte dem anderen Manne über die Planke. Wie sie die Straße hinunter fortgingen, hörten sie die Stimme des alten Mannes brüllen: „Das Bürgervolk an die Vaterne, Donnerwetter!“

„Rein Name ist Eddy Chambers,“ sagte der Amerikaner.

„Ich heiße John Andrews.“
„Wann bist du ausgerissen?“
„Vor zwei Tagen.“
„Eddy pißt vor Staunen.“
„Ich bin von einem Arbeitsbataillon in Paris ausgerückt. In Chartres hatten sie mich ohne Paß erwischt.“
„Ich bin schon seit über einen Monat weg. Warst du auch bei der Infanterie?“
„Ja, ich war bei der Schulabteilung in Paris, als sie mich einstellten. Sie schickten mich einfach ohne jede Untersuchung fort. Bist du schon mal in einem Arbeitsbataillon gewesen?“
„Gott sei Dank, nein. Meine Nummer haben sie noch nicht in den Fingern.“
„Sie gingen schnell eine breite Straße hinunter. Ueber ihnen stand der Himmel voll klarer, kristallener Sterne.“
„Ich bin gestern acht Wochen fort. Was hältst du davon?“ fragte Eddy.
„Mußt ordentlich Geld gehabt haben.“
„Seit fünfzehn Tagen keinen Penny.“
„Wie hast du das geschafft?“
„Weiß nicht, hab's geschafft. Siehst du, die Abteilung, bei der ich war, ging nach Hause, als ich im Hospital war. Und als ich raus kam, wollte man mich zum Okkupationsheer schicken. Gott, ich wäre krank geworden bei einer neuen Truppe, wo ich niemand kenne, und alle meine Kameraden zu Hause, und überall mit Mist und Mädchen empfangen. Wo gehst du hin?“
„Paris.“
„Verdammt riskante Sache.“
„Aber ich habe Freunde dort, kann dort Geld in die Finger kriegen.“
„Ich schaue aus, als ob ich auf der ganzen Welt keinen Freund hätte.“
„Was bist du zu Hause gewesen?“
„Zimmermann.“
„Aber, kann mit einem solchen Beruf kann man sich ja überall durchschlagen.“
„Da hast du verdammt recht. Aber in diesem Spiel, das wir spielen, muß man ja wie ein Maulwurf unter der Erde leben. Wenn ich wenigstens in ein Land kommen könnte, wo ich wie 'n Mensch rumlaufen kann. Da wäre es mir ganz gleich, was passiert. Wenn diese Armee hier je rausgeht und diese verdammten Militärpolizisten, werde ich in einer dieser kleinen Städte ein Geschäft aufmachen. Kann ganz gut parier. Würde auch ganz gern ein französisches Mädchen

heiraten und so 'n regelrechter Franzmann werden. Nach dem, was mir mit diesem verdammten Heer passiert ist, will ich nichts mehr mit dem Scheißland da drüben zu tun haben. Demokratie!“ Er räusperte sich und spuckte ärgerlich auf den Weg. Sie gingen schweigend weiter. Andrews sah hinauf in den Himmel.
„Warum hast du nicht versucht, nach Spanien oder Italien zu kommen?“ fragte er nach einer Weile.
„Kann die Sprache nicht. Rein, ich gehe nach Schottland.“
„Aber wie kannst du dahin kommen?“
„Auf einem der Fährboote von Havre nach England. Habe schon mit einigen gesprochen, die es geschafft haben.“
„Aber was wirst du machen, wenn du dahin kommst?“
„Woher soll ich das wissen? Leben, so gut ich kann. Was kann ein Mensch tun, wenn er noch nicht einmal wagen darf, sein Gesicht auf der Straße zu zeigen?“
„Tropdem. Man fühlt sich direkt kräftig und mächtig, so auf sich selbst angewiesen und ausgerückt zu sein,“ sagte Andrews prahlend.
„Warte mal, bis du zwei Monate raus bist, mein Junge. Und dann denke an das, was ich dir jetzt sage: Die Armee ist die Hölle, wenn du drin bist. Aber es ist noch ein gut Teil schlimmer, wenn du raus bist am falschen Ende.“
„Es ist eine herrliche Nacht heute,“ sagte Andrews.
„Werden hoffentlich eine Scheune finden, wo wir schlafen können.“
„Bei mir ist das ja ganz anders,“ brach Andrews plötzlich aus. „Ich habe Freunde hier.“
„D, du hast wohl ein Mädchen getroffen, was?“ fragte Eddy ironisch.
„Ja, wir kommen sehr gut miteinander aus.“
Eddy lachte auf.
„Ich wette, du hast sie noch nicht mal geküßt,“ sagte er.
„Ich keine auch solche. Kenne einen, der heiratete so eine und hatte nach zwei Wochen raus, daß er statt Chemann Puffmutter geworden war.“
„Das ist ja dumm, darüber zu reden. Kannst nicht erklären. Man hat Vertrauen zu allem, wenn man weiß, daß jemand da ist, der alles versteht, was man tut.“
„Du wirst wahrscheinlich heiraten, was?“
„Ich sehe keinen Grund dazu. Das würde alles verderben.“
Eddy pißt leise.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Dollarhauffe und Warenpreise.

Die Reichsregierung beharrt auf ihrer Mitteilung, daß die neue Kursverschlechterung der Mark nur eine neue Methode der Marktlage sei. Geht den Fall, es trübe zu, so muß man sich doch fragen, welche Vorbereitungen sie getroffen hat, um ein Uebergreifen der Devisenkurse auf die Warenpreise zu verhindern. Durch immer wiederholte Ankündigungen des Preisabbaus, der dann nicht eintrat, hat man die Arbeiterschaft zu überzeugen versucht, daß nun auch nicht die Löhne erhöht werden dürften. Auf diese Weise sind die Arbeitslöhne auf einem Stand gehalten worden, der hinter der Geldentwertung weit zurück bleibt. Ist aber ziehen die Preise mit dem Dollar an, obwohl die Regierung erklärt, daß die Stützungsaktion unvermindert andauere — so daß diejenigen, die zu erhöhten Preisen Ware kaufen, Gefahr laufen, damit Verluste zu erleiden. Natürlich wurde mit an erster Stelle sofort der freie Getreidemarkt von der Preistreibeerei erfaßt. So kosteten im Mittel:

50 kg Roggen	19. April	17. April
50 „ Weizen	52 500	44 000
50 „ Mais	62 250	51 500
100 „ Roggenmehl	56 500	46 000
100 „ Weizenmehl	150 000	128 000
100 „ Weizenmehl	185 000	142 000

Also Preissteigerungen von 20 Proz. und mehr in zwei Tagen! Freilich sind die Getreidepreise dem Dollar, der sich um 40 Proz. erhöht hat, damit nicht ganz gefolgt. Aber je länger die Dollarhauffe andauert, um so eher werden die erhöhten Weltmarktpreise erreicht sein, um so schärfer muß die Preiswelle auch dem Verbraucher des Brotes spürbar werden.

Daß am Markt der industriellen Rohstoffe, die sich nach der Balance richten, ebenfalls gewaltige Preiserhöhungen zu verzeichnen sind, ist selbstverständlich. So kosteten am Berliner Metallmarkt im Mittel pro Kilogramm:

Raffinadkupfer	19. April	17. April
Metz	9 950	7 150
Zinn (roh)	8 700	2 875
Stann	4 600	8 475
Stann	30 250	21 700

Metalle sind also ebenfalls trotz der Warnung der Regierung dem Dollar im Preise nicht gefolgt.

Es sieht nun zu befürchten, daß im Anschluß an diese Preissteigerungen des freien Marktes auch die Industrie zu Preissteigerungen ihrer Fabrikate übergeht. In Lebensmitteln ausländischer Herkunft ist ja bereits die Aufwärtsbewegung der Preise in vollem Gange! Man scheint bei dem Wechsel der Stützungsaktiva übersehen zu haben, was vor 13 Wochen noch jeder wußte, daß die Warenpreise mit dem Dollar in die Höhe gehen, und was man erst in den letzten Wochen wieder erfuhr, daß sie nicht in gleichem Tempo wie der Dollar wieder heruntergingen. Die Regierung hätte sich also gegen die zu erwartende Preissteigerung zur Wehr setzen müssen, wenn sie auf die Dollarhauffe vorbereitet war. Davon ist bis jetzt nichts zu spüren.

Geschieht das aber nicht, so wird die Arbeiterschaft auch in der Lohnpolitik erhöhte Forderungen anmelden müssen, nachdem das Spiel mit dem Dollarkurs auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im März.

Nach den jetzt vorliegenden Berichten des Reichsarbeitsblattes haben sich Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im März weiterhin verschlechtert. Von 1,25 Millionen Arbeitern, über welche Berichte vorliegen, waren im März nur noch 20 Proz. gegen 28 Proz. im Februar in gutbeschäftigten Betrieben, 38 Proz. gegen 44 Proz. in befriedigt beschäftigten Betrieben, während sich die Zahl der in schlecht beschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter von 28 auf 42 Proz. erhöhte. Die Verschlechterung der letzten Monate tritt in folgender Gegenüberstellung besonders hervor:

im Monat	in gut beschäftigten Betrieben	in befriedigt beschäftigten Betrieben	in schlecht beschäftigten Betrieben
März 1923	20 Proz.	38 Proz.	42 Proz.
November 1922	28	44	28
Dezember 1922	32	42	26
Januar 1923	30	42	28
Februar 1923	27	42	31
März 1923	20	38	42

Dennoch hat die Zahl der in gut beschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter fortgesetzt abgenommen; geringer, aber im letzten Monat ebenfalls spürbar ist die Abnahme der in befriedigt beschäftigten Betrieben Tätigen. Dagegen stieg die Zahl der in schlecht beschäftigten Betrieben Arbeitenden fortgesetzt und ist jetzt dicht an 50 Proz. Der Grund für den fortgesetzten Rückgang ist die Abgangstendenz, die nach der Stabilisierung der Mark eingeleitet hatte infolge des verminderten Exports, der Zurückhaltung der inländischen zahlunsträgigen Käufer und der katastrophalen Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen durch das Sinken des Reallohnes.

Die Tatsache, daß der Beschäftigungsgrad sich so sehr verschlechtert hat, ist in großen Zügen bereits aus anderen Berichten bekannt. Das Reichsarbeitsblatt verzeichnet aber auch für eine ganze Reihe von Industrien die Verkürzung der Arbeitszeit. So sind im Berliner Maschinenbau Arbeitszeitverkürzungen bis auf 24 Stunden eingetreten, im Bau landwirtschaftlicher Maschinen ist die Arbeitszeit teilweise auf 34 Stunden wöchentlich beschränkt. In der Fahrzeugindustrie sind ebenfalls Verkürzungen der Arbeitszeit, in der Walz- sowie Arbeiterentlassungen, zu verzeichnen. Selbst in der Elektroindustrie, die noch verhältnismäßig gut mit Aufträgen versehen ist, finden sich in einzelnen Abteilungen Arbeitszeitverkürzungen auf 42 Stunden. Besonders zahlreich sind die Arbeitszeitverkürzungen in der Textilindustrie. Auch die Tabakindustrie, das Baugewerbe und selbst die Holzindustrie standen im Zeichen eines schlechteren Beschäftigungsgrades. Auch in der Lederindustrie und der Papierindustrie sind Arbeiterentlassungen und Verkürzungen der Arbeitszeit an der Tagesordnung.

Der gewaltige Umfang der Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit haben die Kaufkraft der Arbeiterschaft erneut auf das empfindlichste geschwächt. Ein Preisabbau ist nirgends wahrzunehmen, im Gegenteil zeigen die Preise wichtiger Rohstoffe, besonders nach der neuen Dollarhauffe, wieder steigende Tendenz.

Das Goldsolokaufgeld vom 25. April bis einschließlich 1. Mai beträgt 502 900 vom Hundert.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kursliste sind folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 837,90 Geld, 842,10 Brief; 100 österreichische Kronen 41,89 Geld, 42,11 Brief; 1 tschechische Krone 807,75 Geld, 802,25 Brief; 1 ungarische Krone 6,23 Geld, 6,27 Brief; 1 bulgarische Lewa 226,43 Geld, 226,57 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 296,75 Geld, 298,27 Brief. Eine polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 58 Pf.

zumeilen Stauungen verursacht. Diese Stauungen werden aber nicht nur durch die Verzögerung infolge der Lockung, sondern hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß die meisten Reisenden ihre Zeitkarten erst auf Verlangen des Bahnsteigschaffners der Zeitkartenhülle entnehmen, was nicht immer mit der wünschenswerten Schnelligkeit geschieht. Die Reichsbahndirektion Berlin macht deshalb unter Hinweis auf die an den Bahnsteigschaffnern ausübenden Bekannmachungen darauf aufmerksam, daß es im eigenen Interesse der Reisenden liegt, wenn sie sich die für die Lockung der Zeitkarten bestimmten Tage merken und an diesen Tagen ihre Zeitkarten ohne Umhüllung unaufgefordert dem Bahnsteigschaffner zum Vorne übergeben. Die einmalige Lockung jeder Zeitkarte während ihrer Geltungsdauer ist zur ordnungsmäßigen Prüfung der Karten notwendig. Die damit verbundene geringe Belastung der Reisenden läßt sich leider nicht vermeiden.

Neue Fahrgeschwindigkeiten für Autos.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über die Aenderung der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs vom 15. März 1923 hat der Polizeipräsident von Berlin folgendes verordnet: Für den Polizeibezirk Berlin müssen alle zur Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge sowie diejenigen für Güterbeförderung, welche auf öffentlichen Straßen, mit mindestens einer Gleitschuhvorrichtung versehen sein. Die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit innerhalb der geschlossenen Ortsteile des Polizeibezirks Berlin für Personenkraftwagen und Krafttrabler wird auf 35 Kilometer in der Stunde, für Lastkraftwagen, Kraftomnibusse und Kraftkraftfahrzeuge bis 5,5 Tonnen Gesamtgewicht auf 30 Kilometer in der Stunde festgesetzt. Für Kraftfahrzeuge von mehr als 5,5 Tonnen Gesamtgewicht darf die Geschwindigkeit in Straßen mit Steinpflaster 16 Kilometer in der Stunde, in den übrigen Straßen 25 Kilometer in der Stunde nicht überschreiten. Beim Mitfahren von Anhängern an Fahrzeugen von mehr als 5,5 Tonnen Gesamtgewicht wird die Höchstgeschwindigkeit auf 16 Kilometer in der Stunde festgesetzt. Diese Erhöhung der bisher zulässigen Geschwindigkeit ist in der bestimmten Erwartung vorgenommen, daß die Kraftwagenfahrer die Fahrgeschwindigkeit freiwillig überall da herabmindern, wo der lebhafteste Verkehr ein vorzügliches Fahren verlangt. 35 Stundenkilometer sind gleichbedeutend mit der Geschwindigkeit eines Personenzuges auf freier Strecke. Durch Sicherungen aller Art werden Zug und Bevölkerung noch geschützt. Und was die „freiwillige“ Herabmindern der Fahrgeschwindigkeit anbelangt, so wird das unangenehme Gefühl haben, als wenn von den Händlern und Produzenten angesichts der Not des Volkes freiwillig ein Verzicht auf einen Teil ihrer Profite erwartet wird. Das zu Fuß gehende Publikum steht der Entwicklung der Dinge mit Misstrauen entgegen.

Geistiger Kurzschluß.

Dem Installateur Karl Bogt, der in der Königgräber Straße 99 einen Kellerladen für elektrische Apparate betreibt, scheint infolge der Ruhereignisse die Hirnleistung durchgebrannt zu sein. Nicht genug damit, daß er am Eingang seiner Bude gleich zwei gedruckte Tafeln angebracht hat, wonach „Franzosen der Eintritt verboten“ ist, hat er auf beiden noch handschriftlich hinzugefügt: „ebenso Belgiern, Italienern, Engländern, Amerikanern und sonstigen Ententübern“. Herr Bogt ist offenbar ein bedauerndes Opfer der regelmäßigen Lektüre der „Deutschen Zeitung“, deren Berlagsräume sich in bezeichnender Nähe dieses „patriotischen“ Bodenbesitzers befinden. Uns wundert es nur, daß er auf halbem Wege stehen bleibt und aus seiner völkischen Gesinnung nicht die letzten Konsequenzen zieht. Als echter deutscher Mann müßte er eigentlich der Parole Hillers folgen und zuerst mit den „Novemberverbrechern“ Abrechnung halten, also auch diesen den Eintritt in sein — Geschäft verwehren. Wie wär's mit einer Tafel: „Eintritt nur gegen Vorzeigung einer Abbonnementsquittung deutschnationaler und völkischer Blätter. Auch Halentreuze und ähnliche Abzeichen legitimieren“?

Auf dem Heimweg niedergeschossen. Als in der vergangenen Nacht der Kriminalbetriebsassistent A. sich mit einem Bekannten auf dem Heimwege befand und die Alsensteiner Straße passierte, hörte er an der Ecke der Braunberger Straße einen erregten Wortwechsel zwischen einer männlichen und einer weiblichen Person. Als sich die beiden dem freitenden Paare näherten, fiel plötzlich ein Schuß und der Beamte stürzte, in den Unterleib getroffen, bewußtlos zusammen. Während sich der Begleiter um den Beamten bemühte, ergriff das Paar die Flucht und entkam. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert. Jagen des Vorfalls werden gebeten, sich beim Kriminalkommissar Draeger im Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 188, zu melden.

„Klassische Möbelsucher“. Wahrscheinlich während eines Umzuges gelangten mehrere Möbelsucher in den Besitz von achtzehn Koffern in Vorkaufgabe. Da ihr kaufmännisches Interesse das literarische überstieg, kauften sie Goethe, Schiller und Lessing gegen 100 000 M. ein. Die Bücher wurden später von der Schwupolizei bei einem Straßendiebstahl beschlagnahmt. Noch immer sucht der Staatsanwalt den Eigentümer, der hiermit gebeten wird, sich im 3. Kriminalbezirk des Polizeiamts Mitte zu melden.

Für die bauliche Fertigstellung der chirurgischen und Tuberkulose-Pavillons mit zugehörigen Arbeiten im Gelände sowie als Nebenbauten für den Knie- und Quarantäne-Pavillon im Krankenhaus Moabit hat der Magistrat weitere 130 Millionen Mark aus Anleihemitteln bewilligt.

Die Arbeitsgemeinschaft „Jugendbewegung und Kultur“ (Kurs 17 der Volksbuchhände) erscheint morgen, Freitag, 27., die Arbeitsgemeinschaft „Jugendbewegung und Beruf“. Leiterin Frau Dr. Hildebrandt.

Vorbereitung des 20. (Reinickendorfer). Am Freitag, den 20. April, 7½ Uhr, im Reinickendorfer, Aula des Realgymnasiums, Berner Straße: „Wahlspruch in Wort, Bild und Bild“. Mitwirkende: Frau Helene Lehmann-Schau (Gesang) und Herr Emil Kühne (Regitation). Karten am Eingang des Saales.

Heber die feierliche Gefahr feierliche Gefahr feierliche Gefahr. Am 20. April, 7 Uhr, im Realgymnasium Berlin N., Kleinstr. 48 (Ringbahn) Schönlender Allee, in einer öffentlichen Versammlung.

Briefe per Luftpost nach England. Vom 20. April an wird die englische Luftpost Köln-London zur Beförderung gewöhnlicher und einzelstriefener Briefsendungen jeder Art nach England und überseeischen Ländern über England benutzt. Die Luftpostverbindungen sind mit dem Vermerk „Mit Luftpost“ zu versehen. Neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren wird ein besonderer Flugzuschlag erhoben.

Lebensmittelpreise des Tages. Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft mäßig. Fische etwas knapp, Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft rego.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 3000—3500 M., ohne Knochen 3000—3500 M., Schweinefleisch 3500—4700 M., Kalbfleisch 3000—3500 M., Hammelfleisch 3000 bis 4200 M., Rindertalg 2800—3300 M., Schellfisch 800—1200 M., Kabeljau 700—1800 M., Dorsch 600—600 M., Grüne Herings 850 bis 900 M., in Eis: Scholle 2000—2500 M., Hechte 1400—2900 M., Karpfen 2000—2300 M., Labesche Scholle 2500—3000 M., Hechte 1800—2000 M., Karpfen 2300—3300 M., Naturbutter 7800—9200 M., Margarine 2500 bis 3400 M., Eier 300—340 M., das Stück, Erbsen 900—1400 M., Graupen 850—950 M., Hafergütze 1000—1100 M., Weiskohl 190—250 M., Wirsingkohl 250—300 M., Kohlraben 100—130 M., Mohrrüben 100—150 M., Kartoffeln 300—360 M., zehn Pfund.

Warenpreise nach dem Stand des Dollars emporzuschrauben, dann werden damit Gefahren heraufbeschworen, über deren Bedeutung sich alle verantwortlichen Stellen hoffentlich klar sein werden. Das Publikum seinerseits aber muß in strenger Selbstdisziplin ein größtmögliches Maß von Zurückhaltung aufbringen, um die Maßnahmen der Behörden nicht durch Unbesonnenheiten zu erschweren.

Viehkommissionäre und Händler gegen die Marktgerichte.

Die Viehkommissionäre und Händler haben gestern mit dem Leiter der Viehkommission im Polizeipräsidium eine Besprechung gehabt. Sie erklärten, das Vorgehen der steigenden Marktgerichte habe Beschränkung in die Reihen des Handels getragen und könne eventuell für die Versorgung Berlins schwerwiegende Folgen haben. Den Händlern wurde mitgeteilt, daß in Berlin ebenso wie in anderen Städten, am kommenden Sonnabend bereits die Preisregulierungskommissionen in Tätigkeit treten, die aus Vertretern des Handels, der Verbraucher und einem Beamten der Viehkommission bestehen, der die Preisbildung in der Kommission selbst überwacht. Die Kommission soll vor Beginn des Marktes Richtlinien festsetzen, um zu vermeiden, daß, wie es am letzten Mittwoch geschah, der Ring der Händler und Kommissionäre ohne zwingende Gründe Preissteigerungen diktiert. Wo trotzdem Preisüberschreitungen stattfinden, werden die Polizeiorgane und die Marktgerichte scharf eingreifen.

Das Martyrium einer Ehefrau.

Freispruch im Gattenmordprozess Schmidt.

Die Beweisaufnahme in dem Gattenmordprozess gegen Frau Martha Schmidt bestätigte in vollem Maße die Angaben der Angeklagten über das Martyrium ihrer Ehe. Auch durch die Zeugnisaussagen wurde der erste Eindruck erhärtet, daß der Ehemann Schmidt ein durch Trunk zu den schlimmsten Lasten herabgesunkenes gesellschaftsfeindliches Individuum geworden war. Es ist die Unzulänglichkeit unserer Ehegesetz, die derartige Ehen nicht mit größter Beschleunigung trennt.

Die Zeugen bezeugten, daß der geistete Schmidt streiflichtiger Natur war, dauernd dem Trunk ergeben und sehr arbeitsscheu. Außerdem wurde er als ein arger Weiberhater bezeichnet, der sogar nicht zurückschreckte, die Schwester seiner einstmaligen Braut in Abwesenheit ihres Ehemannes zu vergewaltigen. Es wurde der Angeklagten bestätigt, daß Schmidt den erwachsenen Töchtern nachgestellt habe, so daß diese das Haus verlassen mußten. Die eine der Töchter bestieg unter Tränen der Scham, daß der Stiefvater ihr tatsächlich Gewalt angetan habe. Schmidt habe auch versucht, sich des sechsjährigen Kinds, des Kindes ihrer gemeinsamen Ehe, an dem die Angeklagte mit besonderer Liebe hina, zu bemächtigen. Während die Anklage annimmt, daß Frau Schmidt ihren Mann nützlich, hinterläßt und ohne ein Wort zu sprechen, niederschossen habe, gibt der Wirt des Nebenhauses an, daß er in der Nacht zufällig gehört habe, wie Schmidt schimpfte und lärmte, so daß man es häuserweit hörte. Gleich darauf erlöschten vier Schüsse. Schmidt ließ noch einige Schritte weiter und brach dann blutüberströmt zusammen. Der als Zeuge vernommene 12jährige Richard Schmidt gab an, er habe nach der Tat gesagt: „Mutter, Du hast nicht in die Zukunft geblickt.“ Die Mutter habe darauf erwidert: „Er hat mich zu schlecht behandelt. Nun hat er keinen Bohn. Wenn alles gut abläuft, gehen wir nach Amerika, den Paß habe ich schon.“ Sämtliche Zeugen bezeugten weiter, daß Schmidt seine Frau sehr schlecht behandelte. Ihrer Schwester gegenüber hat die Angeklagte sich über die perzeren Zumutungen ihres Mannes, die bei ihr ekel auslösten, beklagt. — Staatsanwaltschaftsrat Schwandke beantragte, die Angeklagte schuldig der vorsätzlichen Tötung zu sprechen, ihr jedoch mildere Umstände zuzubilligen. — Rechtsanwalt Dr. Schmidt wies darauf hin, daß es sich hier sicher um einen Verzweiflungstakt handele, bei dem die Angeklagte ihrer Sinne nicht mehr mächtig war. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf nicht schuldig der vorsätzlichen Tötung und die Angeklagte wurde daraufhin auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Sie wurde sofort aus der Haft entlassen.

Einer von der baltischen Landwehr.

Aus Reue von Kaskuffa nach Moabit.

Die großen Betrügereien eines ehemaligen Offiziers beschäftigten gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bangels. Die Verhandlung ergab übrigens, mit welcher verblüffenden Leichtigkeit Schwindler Geld erhalten, wenn sie sich nur auf irgendeine militärische Formation beziehen.

Der wegen fortgesetzten Betruges und schwerer Urkundenfälschung angeklagte frühere Leutnant und jetzige Student der Maschinenbaukunst Arthur Henke war früherzeit zur baltischen Landwehr übergetreten und im Auftrage des dortigen Staffes nach Berlin gekommen, um Ausrüstungsgegenstände für die Truppe zu besorgen. Da er in Berlin auf sehr großem Fuße lebte, in einem Luxushotel unter den Linden mehrere Räume bewohnte und allmählich Besucher des Palais de Danse war, gingen ihm bald die Barmittel aus. Um sein luxuriöses Leben fortsetzen zu können, erschien er bei der Anwerbungsstelle Baltienland am Karlsbad, spiegelte einem Major von der Goltz vor, daß er zur Beschaffung fehlender Ausrüstungsgüter Geld brauche und ließ sich von diesem mehrere Schecks ausstellen, die er über für sich verwandte. Später trat er unter dem Namen eines Oberleutnants von Kremen von der Grenzpolizei in Danzig auf und schädigte eine Lederwarenfirma und einen Kaufmann um namhafte Summen, indem er angab, daß er für die Grenzpolizei Pferde, Sattelzeug und Uniformen anzuschaffen habe. Bestätigungen unterschrieb er mit falschem Namen. Die Verhandlung gegen ihn hatte mehrfach vertagt werden müssen, da der Angeklagte inzwischen als Maschinenoffizier auf einem Dampfer eines New Yorker Schiffahrtskonzerns mehrere Weltreisen unternommen hatte. Zum gestrigen Termin war er direkt aus Britisch-Indien erschienen, das für Reichsdeutsche zwar noch gesperrt ist, ihm aber als Angehörigen des Freistaates Danzig offenstand. — Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus hat um eine Bewährungsfrist, da der Angeklagte durch seine freiwillige Rückkehr direkt aus Kaskuffa nach Deutschland seine innere Umwandlung bewiesen habe. Das Gericht berücksichtigte auch diesen Umstand und gab ihm für die erkannte Strafe von einem Jahr Gefängnis bedingte Begnadigung für die ganze Strafdauer.

So ist's richtig!

Ein Parteigenosse erzählt uns, was er am Sonnabend in einem Restaurant erlebt hat, das er bei dem Gewitter und den anzuwehenden Regengüssen hatte aufsuchen müssen. Dort mußte er, schreibt er, eine kleine Kapelle. Ein Herr aus dem Publikum stellte an den Kapellmeister das Ansuchen, die Wacht am Rhein und ähnliche Lieder zu spielen. Vorher sollte, wie das so üblich ist, die Kapelle mit Bier traktiert werden. Der Herr stieg auf das Podium und sagte, wer gleich ihm die vorgeschlagenen Lieder wünschte, der möge die Hand erheben. Der Kapellmeister aber lehnte ab, stand mit seinen Leuten auf und spielte Arbeiterlieder. Aus dem Publikum wurde kräftig mitgegeben. Dem modernen Kapellmeister rufen wir ein Bravo zu. Unser Parteigenosse empfiehlt ihn allen Kapellmeistern, Humoristen und Artisten als Muster, das Nachahmung verdient.

Die Lockung der Eisenbahnfahrkarten.

Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden die Wochenkarten am Freitag jeder Woche und die Monatskarten am 20. jeden Monats vom Bahnsteigschaffner gelockt. Diese Maßnahme ist bei den Fahrgästen nicht beliebt, da sie vor den Bahnsteigschaffnern

Marksturzdebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte am gestrigen Donnerstag die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fort.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist in hohem Maße ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer inneren und äußeren Verhältnisse, aus der gewaltigen Absatzkrise, aus den Schwierigkeiten bei Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere Anklage gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Es ist nichts getan worden, um der durch die Ruhrbesetzung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Erst nachdem der Dollar im Januar auf 50 000 geklettert war, begann die Beeinflussung des Devisenmarktes. Es bedurfte erst der bittersten Lehre, ehe man sich überhaupt zu irgendwelchen Taten aufraffte, und dann mußte man zu jenen Vorschlägen greifen, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres gemacht haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Eingriff des Reiches wäre bei einem Dollarstande von 300 viel leichter gewesen als bei einem solchen von 50 000. (Sehr wahr! links.) Die ungeheure Schädigung der Masse der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfange möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reichskabinetts haben aber gezeigt, daß

privatkapitalistische Interessen an der fallenden Währung für das Abwarten der Reichsgewalten entscheidend

waren. Die inneren Preise haben sich rapid dem Dollarstand angeglichen, dadurch den Export unterbunden und ein neues Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Von 0,6 im Juli 1922 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den deutschen Fachverbänden bis auf 4,4 auf je 1000 Mitglieder im Januar 1923. Die Zahl der Kurzarbeiter wuchs im Dezember von 8,7 Proz. auf 13 Proz. im Januar an. Schon vor der Ruhrbesetzung hatten wir 2 Millionen Erwerbslose oder Kurzarbeiter; trotzdem wurde nicht gehandelt. Jeder konnte weiter hemmungslos seinem Privatinteresse nachgehen. Herr Beder meinte am 16. Januar, aus der Besetzung des Ruhrgebietes ergebe sich zwangsläufig der Sturz der Mark, ohne daß man mit irgendwelchen Maßnahmen Einhalt tun könnte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zur gleichen Zeit fast betonte er in einem Interview, aus diesen und anderen Gründen betrachteten wir die angebrochte Abkürzung des Ruhrgebietes mit Gemütsruhe. Diese Worte mühten die Empfindung hervorgerufen, als ob die Reichsregierung der Allmacht der Devisenspekulanten, der Kartelle und Trusts keinerlei Beschränkung auferlegen wolle. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Löhne und des Preisabbaues gestützt. Trotz der steigenden Preise glaubte er am 6. März in einem Erlaß erklären zu müssen, daß die Preiswelle nicht durch Lohnhöhungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe; daher könne

keine Erhöhung der Löhne

eintreten. Das Arbeitsministerium war an diesen Erklärungen völlig unbeteiligt. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterschaft würde mit Freuden in einen Abbau der Papiergelöhne einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! links.) Voraussetzung für den Lohnabbau ist eine vorherige Preislenkung. Es ist nicht wahr, daß die Löhne den Preisabbau verhindern, sie bilden nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugungskosten und machen nur 20 bis 30 Proz. des früheren Lohnes aus. Die Gewinnsucht von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wo in geringem Umfange ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er stets auf Kosten des Lohnes und des Staates, aber nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Rohstoffe, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagepreise und die Richtserhöhung der Frachten und des Bortos haben dem Reiche 2000 und mehr Milliarden gekostet, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht annähernd in dem Maße erfolgt, wie die Lasten des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In seiner Verordnung vom 16. Dezember sind die

Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung

genommen worden, was in der Praxis auf eine Beschleunigung der Preissteigerungen und eine Verlangsamung des Preisabbaues hinauslief. Die Stützungsaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Pläne aus dem vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Vorgehen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der handels- und zahlungspolitischen Vorfahr. Neben der Stützungsaktion forderten wir die Devisenkontrolle und Devisenzentrale, handelspolitische und starke finanzpolitische Maßnahmen. An dem Widerstand der Interessenten, der auch hier im Hause starke Unterstützung fand, scheiterte die Durchführung dieser Pläne. Da man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskreisen auch kein Glaube an die Dauer der Stützungsaktion ausgekommen. Das wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Schulden des Reiches vom 10. Januar bis 10. März von 2,2 Billionen auf 6,9 Billionen gestiegen und sich der Notenumlauf in derselben Zeit von 1,4 auf 5,5 Billionen erhöht hat. Das Defizit im Reichshaushalt ist in diesen drei Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als ein halbes Dutzend Billionen angewachsen. Auch die Art der Kreditpolitik, insbesondere die Art, wie die Kredite für Ruhrzwecke gegeben worden sind, hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Kredit ist in einem so ungeheuerlichen Umfang gegeben worden, daß man zu der Annahme kommt, solche Ermäßigungen hätten jetzt bei der Kreditabgabe die Rolle gespielt, wie sie seinerzeit Herrn Helfferich bei seiner Finanzpolitik während des Krieges gespielt haben. Den Abbau der Ausfuhrabgabe halten wir im jetzigen Augenblick für unverantwortlich. Noch stärker sind unsere Bedenken gegen die Ausfuhr-Freiliste. Die Aufhebung einer Ware auf die Ausfuhr-Freiliste bedeutet, daß das Reich nicht mehr den Anteil an den Deviseneingängen bekommt, auf

dem die Stützungsaktion der Mark beruht hat. Das Entgegenkommen des Reiches ist von der Wirtschaft nur mit neuen Ansprüchen beantwortet worden. Das Reich hat

trotz des Ruhrkrieges keinerlei Unterstützung durch die maßgebenden Wirtschaftskreise

erfahren. Der erste Akt der Staatsfeindschaft der Beteiligten zeigte sich bei der Dollaranleihe. Ihr Ergebnis ist der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen der Wirtschaftskreise zur Stützung der Mark. Von den gezeichneten 50 Millionen ist ein erheblicher Teil mit Devisen bezahlt worden, die vorher oder nachher an der Börse zurückgekauft wurden. Der zweite Akt der Staatsfeindschaft der Beteiligten ist ihre Haltung zur Stützungsaktion, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Devisenbestände zu vermehren. Nicht die feindlichen Ausländer des Reiches sind so empfindlich geschädigt, sondern feindliche Deutsche. Riesige Markbeträge wurden im Ausland von sehr nationalen Kreisen verkauft, die sonst für den Widerstand bis zum Äußersten eintreten. Am Montag und Mittwoch dieser Woche erforderte die Intervention der Reichsbank insgesamt zwei Millionen englische Pfund. (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten.) Diese Spekulation auf den Sturz der Mark ist durch das Verhalten der Reichsbank erleichtert worden, die die Kreditgewährung außerordentlich erleichterte. Daran trägt auch der Wirtschaftsminister die Schuld, der meinte, daß Kredite in sehr großem Umfange gegeben werden müßten. Die

Reichsbank hat gestern ihre Markschlacht verloren.

weil der Ernst der ganzen Situation in den Kreisen der Regierung und der Reichsbank nicht in vollem Umfange erkannt wurde. Dauerhaft ist auch, daß die Reichsbank von dem Mittel der Verknappung des Kredits durch scharfe Diskontenerhöhungen keinen Gebrauch gemacht hat. Wir fordern unter allen Umständen die Fortsetzung der Stützungsaktion und wenden uns gegen eine Dollarsteigerung auf 25 000 bis 30 000. Das würde nicht nur ein Befehl an alle Kreditnehmer der Reichsbank sein, sondern auch ein neues Anturkeln der Notenpresse zu rotem Lauf bedeuten. (Die vom Redner vorgebrachten sozialdemokratischen Forderungen bringen wir an anderer Stelle.) Ohne die Stützungsaktion, durch neue Preissteigerungen, neue Unruhen in unserem Wirtschaftsleben gefährden wir am allermeisten die Aktion an der Ruhr. Wer sie bis zu dem Augenblick der Verhandlungsbereitschaft Frankreichs und Belgiens halten will, muß jetzt die Notwendigkeit einsehen, Wirtschafts- und Finanzpolitik auf lange Sicht hinaus zu treiben! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ester (Z.) fordert scharfe Kontrolle der Preispolitik der Kartelle und engere Verbindung der Regierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes.

Präsident Ebbe begrüßte den Abg. Kahl (D. Vp.) im Namen des Reichstags zum 50jährigen Doktorjubiläum, wofür der Jubilar dankt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder:

Ich habe nicht die Absicht und das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftspolitik abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, dravon praktische Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Interesse unseres Kampfes an der Ruhr. Der Wirtschaftsminister darf niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, sondern er ist eben Wirtschaftsminister für die ganze deutsche Wirtschaft. Wenn ich vor diesem Platz einmal schelte, dann will ich weggehen mit dem guten Gewissen, das derjenige hat, der seine Pflicht für alle zu erfüllen versucht hat. Daß eine Anklage gegen mich kommen würde, haben Sie wohl alle erwartet, daß sie vom Abg. Herz kommen würde, hätte ich allerdings nicht geglaubt. Ein großer Teil meiner Anklage richtete sich gegen die Politik des Finanzministeriums. Die Frage, wie die Abwehrfront drüben stärken, sollten wir nicht in der Devisenpolitik behandeln. Auch ich bin der Meinung, daß

in der Kreditgewährung funktionslose Vorsicht

geübt werden muß und ich will ohne weiteres zugeben, daß vielleicht hier und dort und sogar in weiterem Umfange ein Kredit nicht ganz zu dem Zweck verwendet worden ist, zu dem er gegeben wird. Im großen und ganzen sind wir grundsätzlich darüber einig, daß ohne große Kreditgewährung der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen ist. Der Kampf ist deswegen so juristisch schwer, weil die ganze Wirtschaft dort abgeschnürt ist. Nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr ist unterbunden. Alles, was drüben geordert wird, wird, abgesehen von dem bescheidenen Abfall im besetzten Gebiet selbst, auf Lager gearbeitet, alle Ausgaben werden also aus der Tasche gemacht, in die fast nichts durch den Verkauf von Waren geflossen ist. Selbst bei den niedrigsten Löhnen kommt man täglich auf einen Betrag von vielen Millionen Mark. Wenn nichts eingeht für die gefertigten Waren, wovon sollen dann Löhne und Gehälter bezahlt werden? Woher sollen die Kredite anders kommen als aus dem großen Reservestock der Reichsbank? Die Reichsregierung erfüllt nur die aller einfachste Pflicht, wenn sie diese Kredite gewährt, sonst wäre der Abwehrkampf in vierzehn Tagen zu Ende gewesen. (Sehr wahr!) Wir haben dafür gesorgt, daß die ganze Wirtschaft im Gange bleibt und die Arbeiter nicht Not leiden durch Stilllegungen. Bei der Kreditgewährung muß selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß brachliegende Kapitalien nicht zu Zwecken verwendet werden, zu denen sie nicht verwendet werden dürfen, aber auch die schärfste Kontrolle kann nicht verhindern, daß davon hier und da abgemischt wird. Eins der größten Darlehen, das hinausgegeben ist, ist übrigens auf werbeständiger Basis gegeben worden. Raschheit in der Kreditgewährung kann man uns nicht vorwerfen, die Reichsbank hat zweimal einen sehr scharfen Schnitt in die Kreditgewährung gemacht. Kein Wort ist scharf genug gegen das Treiben derjenigen, die den neuen Einbruch in die Devisenpolitik der Reichsbank verschuldet haben. Was dagegen geschehen kann, muß geschehen. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß die Stützungsaktion, wie sie bisher unternommen war, durchgeführt werden muß. Die Mittel dazu stehen zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Einfuhrabgabe müssen gewisse Einschränkungen eintreten. Eine Anzeigepflicht für den Besitz von Devisen soll eingeführt werden. Wir werden

nicht vor dekonischen Maßnahmen zurückweichen, die notwendig sind, um die Mark auf dem Niveau zu halten, das ein weiteres Anschwellen der Lebenshaltungskosten verhindert. In der

Lohnfrage und der Frage des Preisabbaues spricht die Erfahrung der letzten Jahre für meine Auffassung. Sie müßten die Sache von beiden Seiten anfassen; ich bin aber noch bescheidener: Lassen Sie den Lohnpunkt stehen, aber bringen Sie die Preise herunter! Das Wirtschaftsministerium hat zwangsweise die Preise heruntergedrückt. Ermäßigung der Ausfuhrabgabe und Schaffung einer Freiliste war notwendig. Zur Erleichterung der Wirtschaft im besetzten Gebiet geschickt, was nur möglich ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Wendel (Dm.) wünscht größere Mittel für Handwerksangelegenheiten. Zum Wirtschaftsminister hoben wir das Vertrauen, daß er Kapital und Arbeit gemeinsam stützen und miteinander versöhnen wird.

Weiterberatung: Freitag 2 Uhr, Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Forstetat im Landtag.

Das Tuberkulosegesetz angenommen.

Der Landtag setzte am Donnerstag zunächst die Aussprache über das Tuberkulosegesetz fort.

Abg. Stemmler (Z.): Die Sterblichkeitsziffer von 1878 ist wieder erreicht, nachdem man kurz vor dem Kriegsausbruch die Tuberkulosesterblichkeit um 50 Proz. herabgedrückt hatte. Zu begrüßen sei die Festlegung der Anzeigepflicht für die beamteten Ärzte, da Familienmitglieder nur schwer zur Anzeige schreiten würden.

Abg. Dr. West (Soz.): Der Ausschuss hat u. a. eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der gefordert wird, in den über Stadt und Land verstreuten Fürsorgestellen eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, der Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalten und der karitativen Organisationen zwecks planmäßiger und einheitlicher Bekämpfung der Tuberkulose in die Wege zu leiten. Die Entschließung hat auch die Zustimmung des Ministeriums erhalten.

Minister Hirtfelder: In der Frage der Desinfektionskosten wird die Regierung versuchen, den Städten, die sie nicht tragen können, durch Zuschüsse u. m. entgegenzukommen. Hierauf wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen die vom Ausschuss vorgeschlagenen Entschließungen. Das Gesetz soll am 1. Juli 1923 in Kraft treten.

Es folgt die Beratung des Forstverwaltungsetats.

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.): Der Ausschuss fordert, nachzuprüfen, ob Forstteilungen zusammengelegt und ob durch Zusammenlegung von Reviere die Oberförstereien vermindert werden können. Die Wirtschaftsloge und die enorm hohen Holzpreise haben bei der Ausschussberatung im Vordergrund gestanden. Das Staatsministerium soll ersucht werden, aus den Staatsforsten

300 000 Festmeter Bauholz für den gemeinnützigen Kleinwohnungs- und Siedlungsbau

zu ermäßigtem Preise zur Verfügung zu stellen. Die Stundung der Holzverkaufssperre soll auf bisherige beschränkt werden. Der Hauptausschuss hat auf einer Informationsreise in Pommeren hinsichtlich der Beschaffenheit der Waldarbeiterwohnungen vielfach ganz unwürdige Zustände gefunden. Den Antrag der Sozialdemokraten aus dem Jahre 1921, betreffend Annahme eines Gesetzes über Kahlschlag in Privatwäldungen, hat der Landwirtschaftsausschuss mit Rücksicht auf die baldige Vorlegung eines Forstgesetzes abgelehnt.

Abg. Wende-Berlin (Soz.): Die Zentralforstverwaltung ist eine der größten Arbeitgeber in Preußen. Sie umfaßt etwa 80 000 Arbeiter und Beamte. Sie behandelt die Arbeiter- und Beamtenfragen nicht immer so, wie es wünschenswert wäre. Die Beschlüsse des Landtags bezüglich eines Existenzminimums sind noch immer nicht erfüllt. Die Spargelöhne sind völlig unzureichend trotz der Akkordarbeit. Eine Reihe von Ländern und Staaten zahlen bessere Löhne. Es darf nicht vorkommen, daß der Schlichtungsausschuss die Regierung zu Nachzahlungen verurteilen muß. Was geschieht mit den Beamten, die der Regierung solche Verlegenheiten bereiten? Ein Skandal ist es, daß die Arbeiter oft monatelang auf die Bezahlung der Restlöhne warten müssen. In einem Falle wurde z. B. die Arbeit am 8. Mai beendet und das Restgeld erst am 13. Juni ausbezahlt. Immer wieder wird darüber geklagt, daß Leute mit selbständiger Akkordarbeit gegenüber Arbeitern ohne allen Besitz als Arbeitnehmer bevorzugt werden, nur weil jene nicht organisiert sind. Die Begründung über das Fehlen von Betriebsräten in den Forstbetrieben ist völlig unzureichend. Der Hinweis, daß in manchen Betrieben die Arbeiter keine Betriebsräte wollten, ist lächerlich. Die Teuerungszulagen sollten so schnell wie möglich in die Hand der Beamten gelangen, da sie sonst entwertet werden. Soll die Forstkultur gefördert werden, dann muß ein einträchtiges Zusammenarbeiten vorhanden sein zwischen Forstarbeitern, Förstern und den oberen Beamten. Es ist geradezu unglaublich, daß man den Förstern nahegelegt hat, sie sollten mehr den gesellschaftlichen Abstand wahren. Wir finden es bedauerlich, daß die Zentralforstverwaltung so wenig für den Abbau der Holzpreise getan hat. Hätte sie sich mehr um den Preisabbau gekümmert, dann hätten auch in der Frage der Grubenholzlieferungen nicht so unerquickliche Zustände sich entwickeln können. Die Zentralforstverwaltung hätte sich mehr mit dem Gedanken der direkten Lieferung des Grubenholzes vertraut machen sollen.

Nach weiteren Ausführungen vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Abstimmungen zum Wohlfahrtsstat. Innenministerium. Große Anfrage wegen des Verdotes der „Roten Fahne“ und wegen der Auflösung der Freiheitspartei. — Schluß gegen 6 Uhr.

Zur zweiten Beratung der Forstverwaltung für das Rechnungsjahr 1923 hat die sozialdemokratische Fraktion im Landtag neben einem alten sozialdemokratischen Antrag vom Jahre 1921 bezüglich der Kahlschläge in Privatwäldungen noch folgende Anträge eingebracht:

1. Das Staatsministerium soll im Interesse der Landesfinanzen und zur Schaffung geländereicher Verhältnisse im Holzhandel die bisher den Käufern fiskalisches Holz gewährte weitgehende Stundung der Holzverkaufssperre unverzüglich beseitigen.
2. Die Regierung soll durch Errichtung staats eigener und durch Förderung von Sägewerken, die von gemeinnützigen Organisationen des Wohnungsbaues geschaffen wurden, zur Verbilligung des Bauholzes beitragen.

SUNLIGHT
SEIFE

ist stets rein und neutral,
wie die feinste Seife,
und greift deshalb die Haut nicht an.

